

Herzlichen Glückwunsch zu: 70 Jahre GdP!

Eine Organisation, die niemals schläft,
braucht eine wache Gewerkschaft!



Gut, dass es sie gibt.



Gewerkschaft
der Polizei

Leidenschaft für mehr!

Inhalt

Grußworte	3
Sabrina Kunz	3
Oliver Malchow	4
Malu Dreyer	5
Barabara Schleicher-Rothmund	5
Dietmar Muscheid	6
Die Autorin	7
Ein Blick in die Geschichte	8
Gründung der GdP Bund und Land	8
Gründung der GdP Rheinland-Pfalz	9
Die Gründung vor der Gründung	10
Zeitleiste	12
1950 bis 1959 – Der Aufbau	15
1960 bis 1969 – Jahrzehnt der Studentenbewegung	16
1970 bis 1979 – Bewegtes Jahrzehnt	17
Interview mit Hermann Lutz – Durch beten veränderst du nichts!	18
1980 bis 1989 – Wechselschichtdienst im Fokus	20
1990 bis 1999 – Abwehr von Verschlechterungen	22
Verleihung des Verdienstordens – Kampf für die 5. Dienstgruppe	25
2000 bis 2009 – Wechsel in ein neues Jahrtausend	26
Treffen am ehem. SS Sonderlager – Geschichte nicht vergessen!	28
2010 bis zur Gegenwart – Von Amok zu LebEL	30
Achtung Glosse – Vorsätzlich den Polizeidienst vermiesen	34
Eine rückblickende Bewertung	35
Highlights	35
Gesundheit	36
Gesunde Polizei – gute Polizei	36
2017 – Neuorganisation der Polizei RP	39
...ein riesiger Kraftakt war das schon!	39
70 Jahre Kriminalpolizei	40
Tarifbereich	44
Der erfolgreiche Weg der Tarifarbeit	44
Die Erkenntnisse des Polizeidirektors Grummel	47
Personengruppen	48
Frauen	48
JUNGE GRUPPE (GdP)	49
Senioren	50
Gremien und Vorsitzende	51

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz

Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rlp.de

Redaktion:

Steffi Loth

Stand:

1. November 2021

Layout & Druck:

Wölfer, Druck + Media 42781 Haan

Titelbild:

Stephan Dinges

Grüßworte



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die GdP setzt sich seit nunmehr 70 Jahren in vielfältiger Weise für die rechtlichen, wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Interessen der Polizeibeschäftigten in Rheinland-Pfalz ein. Das wollen wir mit Ihnen und euch mit gutem Grund feiern.

Die Väter der GdP in Rheinland-Pfalz bildeten 1951 das Fundament für eine 70-jährige kämpferische Gewerkschaftsarbeit, welche viele Erfolge für die Polizeibeschäftigten erzielt hat, wie beispielsweise die Einführung der Zweitgeteilten Laufbahn.

Deutschland - und auch Rheinland-Pfalz – standen damals noch unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges und die Polizei kämpfte mit den Auswirkungen ihrer Rolle im nationalsozialistischen und menschenverachtenden Regime. Dieses menschenverachtende und unmenschliche – ja menschenunwürdige - Verhalten der Polizei in der NS-Zeit holt uns auch heute immer mal wieder ein.

Um so mehr bin ich auch persönlich stolz auf die GdP. Sie hat einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet, dass die Polizei heute eine Institution im demokratischen und sozialen Rechtsstaat ist, welcher die Menschen vertrauen. Die Polizei ist eine mit den Menschen fest verankerte, vielfältige, offene und tolerante Bürgerpolizei geworden. Und dies geht wesentlich auf das Wirken der GdP und ihren Eintritt und ihr Engagement im Deutschen Gewerkschaftsbund zurück.

Die GdP ruht sich auf diesem Umstand jedoch nicht aus. Diskussionen um Vorwürfe über strukturellen Rassismus in der Polizei, rechtswidrige Polizeigewalt, den kritischen Diskurs über polizeiliches Verhalten in den Medien und sozialen Netzwerken verlangen von der Polizei und der GdP, dass sie auch weiterhin für eine vielfältige, offene und tolerante Bürgerpolizei einsteht. Und das tut sie jeden Tag aufs Neue.

Aus diesem Grund hat die GdP Rheinland-Pfalz im letzten Jahr das Positionspapier „Demokratie und Polizei – wir brauchen einander!“ beschlossen und die sog. Polizeistudie „INSIDER“ („Innere Sicher-

heit und demokratische Resilienz. Bedingungen und Wechselwirkungen polizeilichen Handelns in der pluralen Gesellschaft“) auf den Weg gebracht. Dabei geht es auch um die Betrachtung der Anforderungen und Belastungen des Polizeiberufs und ihre Auswirkungen auf den „Praxisalltag“ der Polizei.

Mit ihren landesweit nahezu 10.000 Mitgliedern ist die GdP Rheinland-Pfalz die mit Abstand größte Vertretung der Interessen der Polizeibeschäftigten in Rheinland-Pfalz. Das ist so, weil 70-jähriges Bemühen um die rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen der Polizeibeschäftigten von Erfolg gezeichnet sind.

Aus diesem Grund wünsche ich unserer GdP im Land alles Gute zum 70. Geburtstag. Die herzlichen Glückwünsche sind mehr als verdient.

Glück auf!

Sabrina Kunz

Sabrina Kunz

Grüßworte



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in sehr bewegten Zeiten. Die Pandemie stellt uns schon seit eineinhalb Jahren im polizeilichen Alltag und im Privaten fast täglich vor neue Herausforderungen. Die Euer Bundesland getroffene Unwetterkatastrophe erfordert eine zusätzliche Kraftprobe und einen unermüdlichen Einsatz vieler Kolleginnen und Kollegen. Das Jubiläum fällt also in eine schwierige Zeit. Unsere Geschichte hat uns jedoch gelehrt: Mit starkem Zusammenhalt kehren wir aus einer Krise gestärkt zurück.

In diesem Sinne gilt mein Dank allen Polizeibeschäftigten, die durch ihren täglichen Einsatz dafür sorgen, dass wir in Sicherheit leben können. Allen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die sich mit unermüdlichem Engagement für unsere Polizei und unsere Gewerkschaft einsetzen, nicht zuletzt allen Bürgerinnen und Bürgern für ihr ungebrochenes Vertrauen in die Polizei.

Die Gewerkschaft der Polizei blickt bereits auf eine jahrzehntelange Geschichte zurück. Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben mutige und entschlossene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter damit begonnen, sich aktiv für die Polizeibeschäftigten einzusetzen und Verbesserungen zu erkämpfen. Seitdem setzt sich die GdP als kompetente und engagierte Ansprechpartnerin für alle Polizeiangehörigen ein. Dieser Weg war und ist oft nicht leicht, aber immer lohnenswert. Man kann mit Fug und Recht und auch nicht ohne Stolz sagen: Die GdP hatte von Beginn an ihren Anteil an Aufbau und Weiterentwicklung unserer modernen demokratischen Polizei.

Die GdP ist von jeher bundesweit die größte und schlagkräftigste Polizeigewerkschaft. Sie genießt das Vertrauen der Vollzugs- wie der Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und der Tarifbeschäftigten. Vom ersten Tag in der Polizeifamilie und nach einem langen Arbeitsleben auch im Ruhestand, ist sie für ihre Mitglieder da. Und dieses große Vertrauen spiegelt sich besonders in den Personalratswahlen wider, bei denen die GdP ebenfalls von Beginn an Mehrheiten erzielen konnte. Auch Parlament, Regierung, Parteien und die Verwaltung erkennen unsere Arbeit an. Sie wissen, dass die GdP mobilisieren und deutlich werden kann.

Aus Eurem Landesbezirk kommt Hermann Lutz, der von 1986 bis 1998 als Bundesvorsitzender an der Spitze der GdP stand. Während seiner Amtszeit waren ihm die innere Sicherheit und die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten ein großes Anliegen. So kritisierte er die hohe Belastung der Beamtinnen und Beamten, forderte eine Personalaufstockung sowie eine bessere technische

Ausstattung für den Polizeidienst. Themen, die heute aktueller denn je sind. Zudem warb er in öffentlichen Debatten immer für eine rechtsstaatlich arbeitende Polizei.

Von Beginn an nahm die GdP als Spitzenorganisation erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Polizei zu einer bürgernahen, zivilen Organisation, die sich für eine Demokratisierung der Polizei einsetzte. Während aller gesellschaftlichen Umbrüche und Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte hat die GdP sich immer für eine bürgernahe Polizei eingesetzt, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Oliver Malchow

GdP-Bundesvorsitzender

Grüßworte



Sehr geehrte Herren und Damen, lieber Landesvorstand und liebe Mitglieder der GdP Rheinland-Pfalz,

die Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz feiert in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen. Zu diesem stolzen Jubiläum sende ich Ihnen meine besten Grüße aus der Mainzer Staatskanzlei!

Die GdP verleiht unseren Polizisten und Polizistinnen eine starke Stimme und vertritt als größte Polizeigewerkschaft ihre beruflichen Interessen. Für die Landesregierung ist die GdP eine zuverlässige und kompetente Partnerin für die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger und Bürgerinnen und somit auch bei der Festigung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn Zusammenhalt gibt es nur, wenn Menschen sich sicher fühlen – und Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Das verdanken wir unserer hervorragend aufgestellten Polizei und unseren Sicherheitsbehörden.

Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2024 mit rund 10.000 ausgebildeten Schutz- und Polizeikräften für Rheinland-Pfalz den stärksten Polizeikörper zu stellen, den unser Land je hatte. Deshalb setzen wir die Rekorderstellungen von über 500 Polizeikommissaranwärtern und -anwärterinnen pro Jahr fort.

Der digitale Wandel bietet große Chancen, birgt aber auch Risiken, wie beispielsweise verstärkte Cyberkriminalität. Um diesen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen, werden wir zusätzlich spezialisierte IT-Experten und Expertinnen einstellen, die bei der Strafverfolgung unterstützen.

Ich danke dem Landesvorstand der GdP und all ihren Mitgliedern ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz. Mit Ihrem leidenschaftlichen Engagement stärken Sie unserer rheinland-pfälzischen Polizei den Rücken und treten entschlossen für die Werte unserer demokratischen Grundordnung ein!

Malu Dreyer

Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz



Sehr geehrte Damen und Herren,

70 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz ist ein besonderes Jubiläum. Ist doch Ihre Geschichte mit der positiven Entwicklung der Polizei Rheinland-Pfalz eng verbunden. Dabei ist die GdP mehr als nur eine berufsständische Interessensvertretung. Sie haben über 70 Jahre die Weiterentwicklung der heute zu Recht als „Bürgerpolizei“ bezeichneten Polizei Rheinland-Pfalz an den entscheidenden Stellen mitgeprägt. Auch für die Ausgestaltung meines Amtes als Beauftragte für die Landespolizei hat die GdP in den Anhörungen für die parlamentarische Beratung die entscheidenden Impulse gesetzt und Widerstände überwunden. Heute ist das Amt der Polizeibeauftragten in Rheinland-Pfalz – nicht zuletzt aufgrund des Mittuns der GdP – unumstritten und anerkannt. Dafür gilt Ihnen an dieser Stelle mein persönlicher Dank.

Mit Ihrem Jubiläum kann die GdP aber auch auf eine lange Geschichte des Einsatzes für die Polizei dieses Landes zurückblicken. Bei den täglich hohen Anforderungen, die an diese Berufsgruppe gestellt wird, ist ein „Sprachrohr“ wie die GdP unerlässlich.

Ebenso wie die Polizei selbst, ist die Gewerkschaft der Polizei in den letzten Jahren jünger, weiblicher und vielfältiger geworden. Unser Gemeinwesen braucht den Interessenausgleich für sein Gleichgewicht. Dieses ist eng verbunden mit gewerkschaftlichem Engagement. Gewerkschaften - auch die Gewerkschaft der Polizei - sind Garanten für den sozialen Frieden in unserem Land, um den uns viele beneiden. Ich schätze den regelmäßigen Gedankenaustausch sowie die gute und kooperative Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der GdP.

Herzlichen Glückwunsch zum 70jährigen Jubiläum und viel Erfolg für die weitere Arbeit im Sinne unserer Polizei des Landes Rheinland-Pfalz.

Barbara Schleicher-Rothmund

Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz
und Beauftragte für die Landespolizei

Grüßworte



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Demokratie und Polizei – wir brauchen einander!“ Bei den Vorüberlegungen zu diesem Grußwort musste ich an den Slogan zur GdP-Kampagne denken, dass aus meiner Sicht keineswegs an Aktualität oder Relevanz verloren hat und in diesen Zeiten für die bürgernahe, vielfältige und moderne Polizei von elementarer Bedeutung ist.

Wir alle können sehr dankbar darüber sein, dass wir nach dem zweiten Weltkrieg und den verheerenden Folgen des Nationalsozialismus wieder in einem demokratischen, freien und vielfältigen Land leben dürfen. „Demokratie und Polizei – wir brauchen einander!“ Denn ohne unsere Polizei wäre unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in großer Gefahr.

Wir erleben in jüngster Zeit, dass menschenfeindliche und antisemitische Parolen wieder salonfähig und durch geistige Brandstifter die Grenzen des vermeintlich Sagbaren immer weiter nach rechts verschoben werden. Rechtspopulistische Parteien sitzen wieder in unseren Landesparlamenten und im Bundestag, um unser Land weiter zu spalten.

Die politisch motivierte Kriminalität nimmt nicht erst seit den widerwärtig und feigen Anschlägen in Kassel, Halle und Hanau stetig zu. Die Einsatzkräfte der Polizei leisten einen Eid, um unsere freie, offene, vielfältige und demokratische Kultur im Land zu schützen. „Demokratie und Polizei – wir brauchen einander!“

Während der Pandemie und der Unwetterkatastrophe in Teilen von Rheinland-Pfalz wurde der bundesweiten Öffentlichkeit sehr eindrucksvoll klar, wie elementar der öffentliche Dienst für die Handlungsfähigkeit des Staates tatsächlich ist. Gleichwohl leidet der öffentliche Dienst seit vielen Jahren unter einem massiven Fachkräftemangel, der sich aufgrund des demographischen Wandels in den Folgejahren noch verschärfen wird.

Aus diesem Grund waren und bleiben die gewerkschaftspolitischen Interventionen von GdP und DGB für mehr Einstellungen in den Polizeidienst notwendig sowie erfolgreich. Auch wenn der Personalkörper der Polizei bis zum Jahre 2024 auf 10.000 Einstellungen anwachsen soll, so zollen die enorm hohen Belastungen des Polizeiberufes ihr Tribut. Zur Kompensation von krankheitsbedingten Ausfällen und Entlastung der Einsatzkräfte bedarf es einer unmittelbaren sowie zusätzlichen Einstellung von neuen Polizisten, um den gestiegenen Anforderungen der Verbrechensbekämpfung wie der Cyberkriminalität gerecht werden zu können.

An dem Beispiel der Einstellungszahlen wird deutlich, wofür es nicht nur in den letzten 70 Jahren eine politisch starke Interessenvertretung wie die Gewerkschaft der Polizei und den Deutschen Gewerkschaftsbund braucht. Denn: Wir ruhen uns auf dem Erreichten nicht aus und werden gemeinsam weiter für eine bessere Ausstattung, Besoldung und Versorgung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für viele weitere gewerkschaftspolitische Themen kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend gratuliere ich Euch zu 70 Jahren erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit, Euren unermüdlichen Einsatz und die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten.

Dietmar Muscheid

Bezirksvorsitzender

Redaktion



Steffi Loth



Dank der Redakteurin

Mein Dank geht an die auskunftsfreudigen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor mir

Liebe Leserinnen und Leser. Ich habe einiges an Unterlagen gesichtet für diese Broschüre und habe mich nicht gescheut in den Keller der Geschäftsstelle hinabzusteigen. Am Ende musste ich feststellen, dass man auch ein Buch hätte schreiben können, so viel Material ist vorhanden. Daher bitte ich an dieser Stelle aufrichtig um Entschuldigung, dass ich nicht alle erwähnen konnte, die am Erfolg der GdP mitgewirkt haben.

Bedanken möchte ich mich herzlich bei all denen, die mir die Geschichte der GdP vermittelt haben, damit ich sie hier nieder-

schreiben konnte. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern viel Spaß bei der Lektüre. Erlaubt sei mir noch der Hinweis, in blauer Schrift ist die Geschichte des Bundes und grün die Geschichte der rheinland-pfälzischen GdP gehalten. Und noch etwas redaktionelles, zu Beginn der rheinland-pfälzischen GdP-Geschichte gab es noch keine Frauen im Dienst, daher wird in diesen Jahren lediglich die männliche Form verwendet

Die GdP ist eine Mitmachgewerkschaft. Man ist nie allein. Gut, dass es sie gibt.

Steffi Loth

Quellen

Beginn und Aufstieg – 10 Jahre Gewerkschaft der Polizei 1950-1960 – Verlag Deutsche Polizei GmbH, Hamburg

Mensch im Mittelpunkt, Fünfzig Jahre Gewerkschaft der Polizei, DP Special Nr. 12 zur Ausgabe Deutsche Polizei 9/2000, Gewerkschaft der Polizei, Hilden, 2000

Reuter, Manfred: 70 Jahre „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) von 1950 bis 2020, Schriftenreihe Polizei & Wissenschaft, 2020

„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“, 8. Freundschaftskonzert der Polizei in Frankenthal 1996, Gewerkschaft der Polizei, Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz, 1996

Jubiläumsfest 50 Jahre Gewerkschaft der Polizei Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen, 2001, Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen, Neuwied, 2001

35 Jahre Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz, 15. Landesdelegiertentag: „Mit uns in die Zukunft“, Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hilden, 1996

40 Jahre Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Polizeisozialwerk, Mainz, 1991

50 Jahre Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz, Mainz, 2001

60 Jahre Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz, Mainz, 2011

Stationen-Erfolge-Aktionen, „2004 bis hierher und noch weiter...“, Gewerkschaft der Polizei Bundesvorstand, Abt. IV, Bildung/Werbung, Hilden, 2004

Wechselschichtdienst, Zwischenbilanz der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk RLP, Helmut Conradt

Ein Blick in die Geschichte

Gründung der GdP Bund und Land

Mit dem katastrophalen Ende des 2. Weltkriegs wurde Deutschland unter den Siegermächten aufgeteilt und in vier Besatzungszonen aufgeteilt, sie übernahmen die Regierungsgewalt für Deutschland. Mitte 1946 fand ein Interzonentreffen deutscher Gewerkschafter aus Ost und West statt und hier einigte man sich auf folgende Grundsätze bei der Gründung von allgemeinen Gewerkschaften: **Industrieverbandsprinzip** (alle Berufsgruppen sind in einer Gewerkschaft organisiert und nicht nach Berufsstatus Beamte, Angestellte oder Arbeiter getrennt), **parteiliche Neutralität**, **religiöse Toleranz** und **sozialistische Wirtschaft**.

Mit der Kontrollratsdirektive Nr. 31 waren ab diesem Datum die Gründungen allgemeiner Gewerkschaften in ganz Deutschland grundsätzlich erlaubt. In der französischen und britischen Zone herrschte aber weiter bis 1948 für Polizeibeamte ein totales Koalitionsverbot.

Die Amerikaner hatten bereits vor der Kapitulation die Gründung von Gewerkschaften in den von ihnen besetzten Gebieten geduldet, sie ließen bereits 1946 erste Polizeivereinigungen zu¹. So hatte sich im April 1946 bereits die „Fachgruppe Polizei für München“ gebildet.²

Noch früher konnten sich gewerkschaftliche Organisationen in der Besatzungszone unter sowjetischer Kontrolle bilden. 1948 entstand der Bund der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf mit dem Vorsitzenden Fritz Schulte und 1949 die Organisation der niedersächsischen Polizeibeamten.

Im Bund fand die Gründung der Gewerkschaft der Polizei am 13. und 14. September 1950 in Hamburg statt. Vorbereitet in einer Nachsitzung in der Geschäftsstelle des Polizeiverbandes Groß-Hamburg e.V. vereinbarten Vertreter der Bünde den Entwurf einer Satzung. Es hatten sich an den beiden Tagen Vertreter der „Interessengemeinschaft der Polizeibeamtenbünde der britischen Zone Westberlins“ zusammengefunden, um die Gewerkschaft der Polizei zu gründen, in der sowohl Beamte als auch Arbeiter und Angestellte aufgenommen werden konnten. Zugegen waren Fritz Schulte aus Nordrhein-Westfalen, August Henn aus Niedersachsen, Alfred-Streich aus West-Berlin und Eugen Nader, ebenfalls Nordrhein-Westfalen. Vorsitzender wurde Fritz Schulte (*26.12.1891–†15.12.1955), der als Soldat aus dem ersten Weltkrieg heimkehrte und 1919 in die Polizei eintrat. Bald schon in seiner Kreisgruppe, im Bezirksverband und im Vorstand des Verbandes aktiv, wurde er 1933 vom NS-Regime aus dem Polizeidienst entlassen und in einem Konzentrationslager inhaftiert. Nach seiner Entlassung aus der Haft nahm er 1945 den Polizeidienst wieder auf und half bei deren Wiederaufbau. In der Ansprache zur Gründung äußert Fritz Schulte:

„Wir lassen uns bei unserer Arbeit von dem Gedanken leiten, dass der Mensch das größte Maß an Freiheit genießen soll, dass das unter Berücksichtigung des vorrangigen Rechts der Allgemeinheit möglich ist.“

Es organisierten sich zunächst Polizeibeschäftigte der britischen Besatzungszone und Westberlins, immerhin 45.000 Mitglieder. Laut Gründungsakte waren von jedem Mitglied zunächst 0,05 DM zu zahlen. Die GdP verstand sich als Nachfolgeorganisation des Schrader-Verbandes³, vorrangiges Ziel war die Abschaffung der Unterbewertung des Polizeidienstes.

¹ https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_Neuanfang--Die-Gruendung-der-GdP, 28.06.2021

² Reuter, Manfred 70 Jahre „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) von 1950 bis 2020 S: 23

Erster Delegiertenkongress

Der 1. Delegiertenkongress der GdP Bund fand ein Jahr nach Gründung am 11./12. September 1951 auf dem Rittersturz zu Koblenz statt. Da die Lebenshaltungskosten in Deutschland stiegen und die Bezüge der Beamten bescheiden blieben, wurde auf dem Kongress als Hauptforderung die Neuordnung des Besoldungswesens platziert sowie ein Entwurf für einheitliche Laufbahnvorschriften, der Grundstein für die Einheitslaufbahn (also die Möglichkeit von vom Anwärter bis in die höchsten Ämter aufzusteigen)⁴. Weiter wurde auf dem Kongress die Aufnahme in den DGB verabschiedet. Hierdurch beginnt eine Auseinandersetzung mit der ÖTV, die sich dagegen wehrte, die GdP im DGB ohne ihr Einverständnis aufzunehmen. Erst 1978 gab die ÖTV ihren Widerstand auf.⁵

³ Reuter, Manfred, 70 Jahre „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) von 1950 bis 2020, S: 30

⁴ Ede, Laura in Ein wichtiger Pfeiler demokratischer Stabilität, DP 9/20, S. 8

⁵ Dicke, Wolfgang in DP Spezial 1950, S. 5

Ein Blick in die Geschichte

Gründung der GdP Rheinland-Pfalz

Die Wiege der rheinland-pfälzischen GdP steht im Kreis Altenkirchen, an der Sieg und an der Wied⁶. Am 5. April 1950 fand die Polizei-Kreisdienstversammlung in Altenkirchen statt und die Versammlung formulierte folgendes: „**Die Beamtenschaft wünscht die Gründung einer selbstständigen und unabhängigen Berufsvertretung**“. Diese Forderung schrieb der damalige Leiter der Gendarmerie, Wilhelm Franken, an die Bezirksregierung in Koblenz, womit ein wichtiger Schritt für die Gründung der GdP getan war.

Es folgte die vorläufige Gründung eines Beamtenausschusses zur Vorbereitung aller weiteren Schritte. Diesem Beamtenausschuss gehörten die Kollegen Wittkowski, Müller und Rochel an und es ergaben sich Solidaritätsbekundungen aus anderen Bereichen des Landes, wie aus Zell/Mosel, Bendorf, Cochem, Simmern und Bad Kreuznach. Zur Verzögerung führte das Wort des Innenministeriums, das darauf drängte, die Gründung so lange zurückzustellen, bis die Entscheidung der Alliierten gefallen war.

Mit der Gründung des „Verbandes der Polizeiangehörigen Rheinland-Pfalz“ am 23.11.1950 in Koblenz wurde der Grundstein für die GdP Rheinland-Pfalz gelegt. Es handelte sich um eine selbstständige, unabhängige und von allen parteipolitischen und anderen außenpolitischen Einflüssen freie Berufsvertretung für die Polizeiangehörigen des Landes.

Am 1. November 1951 wurde der Entschluss umgesetzt, sich der auf Bundesebene gegründeten Gewerkschaft der Polizei als Landesbezirk (der zu diesem Zeitpunkt 700 Mitglieder umfasste) anzuschließen. Hier liegt die eigentliche Gründung der Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Rheinland-Pfalz. Zum ersten Landesvorsitzenden wurde Josef Harzheim gewählt, Heinz Wittkowski wurde 2. Vorsitzender, Josef Schuster Schriftführer und Johannes Skudlarek 1. Kassierer. Harzheim und seinen Mitstreitern gelang es in den kommenden beiden Jahren die Mitgliederzahl mehr als zu verdoppeln. Schon 1952 war die Mitgliederzahl auf 1000 gestiegen, 1954 zählte die GdP Rheinland-Pfalz 1.500 Mitglieder.

Gekostet hat die Mitgliedschaft damals 2 DM pro Monat nach einem einmaligen Eintrittsgeld von 1 DM und bot eine Sterbegeldbeihilfe, eine Unfallversicherung, Rechtsschutz und den Bezug der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“. Die erste bundesweite Ausgabe der GdP-Monatszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI erschien am 1. Januar 1952 mit dem Deutschen Eck in Koblenz als Titelbild.



Foto: Archiv der GdP RLP

Der erste Landesvorsitzende der GdP RLP Josef Harzheim.

Schrader-Verband

Mit der Ausrufung der Weimarer Republik wurde Beamten die Möglichkeit eingeräumt, sich zu vereinen und zu versammeln. Ernst Schrader wurde 1919 Vorsitzender des Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands. Dieser Verband schloss sich dem Deutschen Beamtenbund an und 1923 kam es zur Gründung einer einheitlichen preußischen Gesamtorganisation, dem Verband Preußischer Polizeibeamter, der umgangssprachlich auch Schrader-Verband genannt wurde.¹ 1930 umfasste der Schrader-Verband 71.025 Mitglieder.² Ernst Schrader war gesundheitlich stark angeschlagen und verzichtete 1932 auf seinen Vorstandsposten. Zum Nachfolger wurde Magnus Heimannsberg gewählt, der zu Beginn der NS-Herrschaft zum Rücktritt gezwungen wurde. Der Verband wurde hiernach aufgelöst und das Vermögen enteignet. Schrader wurde von September bis Dezember 1933 in „Schutzhaft“ genommen und in das KZ Oranienburg verbracht. 1936 verstarb er nach einem langen Krebsleiden.³

¹ Wikipedia, Ernst Schrader, abgerufen am 03.09.21

² Dr. Kurt Schilde DP 07/21, S. 38

³ Laura Ede, Geschichte der GdP, 1950-2020, Hilden, 2020

⁶ 50 Jahre Gewerkschaft der Polizei Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen, S. 22

Ein Blick in die Geschichte



Foto: Archiv Peter Hahmann

Karl Moll erste Reihe, dritter von rechts beim Fachlehrgang I, 1948



Foto: Archiv Peter Hahmann

Karl Moll vorne rechts, Versammlung 10 Jahres Bestehen KG Altenkirchen

Pionierarbeit

Die Gründung vor der Gründung

Bernd Becker hat mit Karl Moll gesprochen, dem letzten noch lebenden Gründungsmitglied

3. Januar 1951 in Wissen/Sieg: In einer Versammlung wurde die Gewerkschaft der Polizei auf Ebene der Gendarmerie des Landkreises Altenkirchen gegründet. Bis März traten 44 Gründungsmitglieder bei. Erster Vorsitzender wurde Heinz Wittkowski, der noch im Herbst des gleichen Jahres bei der Gründung des Landesbezirks Rheinland-Pfalz auch zum ersten Landesvorsitzenden gewählt wurde.

Der 96jährige Kollege Karl Moll ist das letzte noch lebende Gründungsmitglied und hält seit 70 Jahren seiner GdP die Treue. Bereits im Januar 2020 hat der damalige Landesredakteur Bernd Becker den überaus verdienten Kollegen in seinem Heimatort Mudersbach besucht. Dabei ist dieses Interview entstanden, das wir wegen der historischen Bedeutung hier noch einmal veröffentlichen:

Bernd Becker (BB): Lieber Karl, für junge Menschen ist Deine Biografie wie ein Blick in die jünger deutsche Geschichte. Wie ist Deine Laufbahn bei der Polizei verlaufen?

Karl Moll (KM): Als ich 1946 aus Kriegsgefangenschaft kam, hat die französische Besatzungsverwaltung Grenzpolizisten gesucht und meine Schwester hat mich

zu einer Bewerbung gedrängt. Ich wurde genommen und wurde – ohne jede Ausbildung – an der Grenze zwischen französischer und englischer Zone eingesetzt. Mit der Währungsreform und der Bildung der Bundesländer entfiel diese Aufgabe, die Gendarmerie wurde gegründet und ich habe 1948 den Fachlehrgang I in Bad Ems besucht und kam zum PP Koblenz. Von 1949 bis 1970 war ich bei den Gendarmerie-Stationen Daaden, Elkenroth und Mudersbach sowie – nach dessen Gründung – beim Gendarmerie-Kommando Betzdorf eingesetzt.

BB: Aber Du bist doch als Dienststellenleiter des Kriminalkommissariats Betzdorf 1984 in den Ruhestand gegangen, daran erinnere ich mich noch, weil ich ab 1977 ebenfalls der Vollzugspolizei des Kreises Altenkirchen angehörte.

KM: Ja, so ist das. 1970 wurde das Kriminalkommissariat (KK) Betzdorf gegründet. Das Personal wurde aus der Stadtpolizei und dem Gendarmerie-Kommando rekrutiert. Das waren am Anfang außer mir noch weitere fünf Kriminalbeamte. Langjähriger Leiter war Walter Hess, nach dessen Ruhestandsversetzung ich diese Aufgabe übernommen habe. Als ich ging, bestand

das KK Betzdorf aus 11 Beamten und zwei Tarifbeschäftigten.

BB: Wie kam es, dass Du Dienststellenleiter werden konntest?

KM: In den Jahren 1974 und 1975 habe ich den Fachlehrgang II besucht und wurde zum Kriminalkommissar ernannt. Damit waren die Voraussetzungen gegeben. Ich bin dann in der Besoldungsgruppe A 11 in den Ruhestand gegangen, mehr war damals nicht zu erreichen.

BB: Personalratsvorsitzender warst Du auch...

KM: Ja, stimmt. Das war Anfang der 80er. Allerdings habe ich das Amt vorzeitig niedergelegt; aus Protest, weil der Landrat es ablehnte, mit mir zu reden.

BB: Hast Du jemals mit Deiner GdP-Mitgliedschaft gehadert?

KM: Niemals. Die GdP war und ist der Motor für den Fortschritt in der Polizei. Dass ich überhaupt den Fachlehrgang II machen konnte, habe ich der GdP zu verdanken, die diesen Lehrgang für Lebensältere durchgesetzt hat.

Ein Blick in die Geschichte



Foto: Nicole Bürger

Immer noch interessiert: Ernst Moll und Gattin Gudrun

Einer der Hauptakteure war damals Heinz Blatt. Ihn und seinen Bruder Rainer hatte ich damals schon als Fachlehrer. Das waren Vorbilder. Und dass heute Kolleginnen und Kollegen mit Führungsfunktionen schon lange deutlich mehr erreichen, als die Besoldungsgruppe A 11 ist eine sehr gute Entwicklung, die maßgeblich der GdP zu verdanken ist.

BB: Karl, eine andere Frage. Wie hast Du die Zeit vor der Polizei und den Krieg erlebt?

KM: Ich bin 1924 geboren und habe nach der Volksschule eine Lehre zum Mechaniker hier im Siegerland gemacht. Mit 18 – also 1942 - wurde ich zur Infanterie eingezogen und in Frankreich zum Fernmelder ausgebildet. Dann war ich in Russland und in Lettland eingesetzt. Beim Versuch, unsere Telefonleitung zu reparieren wurde ich durch Granatsplitter verwundet. Der Soldat einen Meter neben mir ist bei dem Angriff gestorben. Nach dem folgenden Lazarett-aufenthalt wurde ich noch zur Verteidigung der Brücke von Remagen eingesetzt und einige Wochen vor Kriegsende bei Rhöndorf von den Amerikanern gefangen genommen.

DP: Was willst Du uns mit auf den Weg geben?



Foto: Gudrun Moll

Karl Moll (rechts) im Gespräch mit Bernd Becker

KM: Eine Zeit, wie ich sie in den 30er und 40er Jahren – vor allem im Krieg – erleben musste, darf nie mehr kommen. Unsere Demokratie ist das Beste, was wir je hatten und der Zulauf, den rechtsradikale und – extreme Parteien haben, erfüllt mich mit Sorge. Der GdP wünsche ich weiterhin viel Erfolg beim Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen und bei der Verteidigung unserer Demokratie.

DP: Lieber Karl, vielen Dank für den gemeinsamen Rückblick und für 70 Jahre Zusammenhalt. Bleib gesund.

Ein Blick in die Geschichte

Zeitleiste

1945 bis 1950

15.06.1945

Bildung der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau aus den ehemaligen Regierungsbezirken Koblenz, Trier sowie dem neugeschaffenen Regierungsbezirk Montabaur

10.07.1945

Franzosen übernehmen ihre Besatzungszone.

2.12.1946

„vorläufige Landesregierung“ mit Wilhelm Boden als Ministerpräsident, Jakob Steffan als Innenminister

18.05.1947

Volksabstimmung über die Verfassung und Landtagswahl

9.07.1947

Peter Altmeier (CDU) wird Ministerpräsident (7 Kabinette, 22 Jahre).

Jakob Steffan tritt am 12.06.1947 zurück, Vorwürfe wegen eines Versicherungsbeitrages aus 1932 waren der Grund ebenso wie der Missbrauch seiner Stellung zur Wiedergutmachung des an ihm begangenen Unrechts während der NS-Zeit.

17.-18.08.1948

9. und letzte Interzonenkonferenz der allgemeinen Gewerkschaften zeigt, dass die Gegensätze zwischen West und Ost unüberbrückbar geworden sind. In den Westzonen hat die Währungsreform stattgefunden, die Berlin-Blockade dauert an. Die gewerkschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost wird eingestellt.

18.05.1949

Landtag stimmt dem Grundgesetz zu.

1949

Gründung GdP RLP

16.05.1950

Landtag beschließt, den Regierungssitz von Koblenz nach Mainz zu verlegen.

1950 bis 1956

13./14.09.1950

Vertreter der „Interessengemeinschaft der Polizeibeamtenbünde der britischen Zone Westberlins“ finden sich in Hamburg zusammen und gründen die Gewerkschaft der Polizei (Bund).

6.12.1951

Eine Zulage in Höhe von 15 % des Grundgehaltens wird gewährt

25.11.1951

Das blaue Licht wird in die Verordnung zur Änderung der StVO aufgenommen.

14.09.1950

Die Außenminister der Atlantik-Staaten tagen in New York und diskutieren über die Wiederbewaffnung Deutschlands.

11./12.09.1951

1. Delegiertenkongress in Koblenz

1952

Die erste bundesweite Ausgabe der GdP-Monatszeitschrift Deutsche Polizei erscheint pünktlich zum 1. Januar.

26.12.1952

Erstausstrahlung der Tagesschau im Fernsehen

1953

GdP fordert eine Weihnachtsgratifikation, 20.000 Teilnehmer demonstrierten in sieben Städten.

1954

Denkschrift zur Besoldung
Heinz Wittkowski wird Landesvorsitzender

1956

Fritz Kehler wird auf dem 5. Delegiertenkongress zum Bundesvorsitzenden gewählt. Längster Streik (16 Wochen) in der BRD, Metallarbeiter fordern u.a. Lohnausgleich im Krankheitsfall.

11.10.1956

Einführung des Verkehrszentralregister in Flensburg

1957 bis 1969

1957

Die Höherstufung für Polizeibeamte wird erreicht.

1958

Werner Kuhlmann wird auf dem 7. Delegiertenkongress zum Bundesvorsitzenden gewählt.

24.08.1963

1. Spieltag der neu eingeführten Fußball-Bundesliga

26.08.1963

John F. Kennedy besucht Berlin und spricht den berühmten Satz „Ich bin ein Berliner“.

1964

zählt die GdP ihr hunderttausendstes Mitglied

1966

Gründung der JUNGEN GRUPPE (GdP)

1966-1974

Große territoriale und funktionale Verwaltungsreform;

Beim Besuch des Schahs aus Persien bietet die Polizei ein Großaufgebot auf, Benno Ohnesorg wird am 2.6.1967 von dem Berliner Polizisten Heinz Kurras erschossen.

1967

Die Veröffentlichung einer Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“ führt zu Verbesserungen bei Kriminalpolizei.

1969

Rücktritt Kabinett Altmeier, Helmut Kohl (CDU) wird Ministerpräsident.

21.07.1969

Die Astronauten Neil Armstrong und Edwin Aldrin betreten als erste Menschen den Mond.

21.10.1969

Willy Brandt wird Bundeskanzler

Ein Blick in die Geschichte

1970 bis 1979

27.10.1970

Aktion Denkpause wird bundesweit durchgeführt, Polizisten steigen aus den Streifenwagen aus und diskutieren mit Bürger:innen über die Vorstellungen der GdP zur Besoldung.

1971

Polizeizulage in Höhe von 120,00 DM wird eingeführt, vorausgegangen waren Großkundgebungen mit 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ganz Deutschland.

1972

Mehrarbeit wird finanziell entschädigt

1973

Polizei wird in die allgemeine Zulagenregelung einbezogen; Polizei erhält ein 13. Monatsgehalt.

Die Guillaume-Affäre zwingt Willi Brandt am 6. Mai 1974 zum Rücktritt.

1974

Erster bundesweiter Streik im öffentlichen Dienst, Lohnerhöhung von 11 % erkämpft

1975

JUNGE GRUPPE (GdP) fordert Anwendung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auch für junge Polizeibeamte

Veröffentlichung der Studie über die besonderen Schwierigkeiten des Wechselschichtdienstes

1976

Bernhard Vogel (CDU) wird Ministerpräsident
Hermann Lutz wird Landesvorsitzender

1977

Jugendarbeitsschutzgesetz wird erstmals für junge Polizeibeamte angewendet

1977

A 9 Z (mit Zulage) wird eingeführt, Urlaubsgeld wird gezahlt

1979

Urlaubsgeld wird auf 300 DM verdoppelt, 5 Dienstgruppen werden erstmals gefordert

1983 bis 1988

2./3. Februar 1983

Der Bundesfachausschuss Frauen trifft sich zum ersten Mal und wählt Klara Herrmann (HH) zur Vorsitzenden.

1984/85

Mehr als 15.000 GdP-Mitglieder demonstrieren gegen Personaleinsparungen und für Verbesserungen in der Laufbahnstruktur.

1986

Urlaubsgeld wird für die unteren Besoldungsgruppen auf 450,00 DM erhöht

26. April 1986

In Tschernobyl explodiert der Reaktorblock 4 des Kernkraftwerks.

1986

Gründung der Seniorengruppe Bund

1987

DUZ wird pro Stunde auf 1,50 DM erhöht

1987

Einstellung von Frauen bei der Schutzpolizei in RLP

1988

Flugunglück von Ramstein

1988 bis 1993

8.12.1988

Carl-Ludwig Wagner wird Ministerpräsident

1989

Mauerfall

1990

Polizeizulage wird auf 200,00 DM erhöht und ruhegehaltstfähig
Helmut Conradt wird Landesvorsitzender

1991

Berlin wird nach Abstimmung im dt. Bundestag Regierungssitz

21.05.1991

Rudolf Scharping (SPD) wird Ministerpräsident

Januar 1992

Hermann Lutz erhält die Theodor-Heuss-Medaille verliehen für die Analyse des Parteiprogramms der Republikaner.

1992

12 Tage Streik im öffentlichen Dienst mit 300.000 Streikenden

1993

neues POG beschreibt die Organisationsänderung



Hermann Lutz mit Frau und Tochter bei der Verleihung der Medaille durch Innenminister Walter Zuber im Januar 1992

Ein Blick in die Geschichte

1993 bis 2002

20./24.12.1993

Großes Hochwasser an Rhein, Nahe und Mosel

11. April 1994

Gründung der Frauengruppe RLP

26.10.1994

Kurt Beck (SPD) wird Ministerpräsident

1998

Helmut Conradt wird Landesvorsitzender und Annemarie Grindel wird als erste Frau und Tarifbeschäftigte zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt

1998-2006

Heinz Blatt († 24.09.2019) ist Bundes-seniorenvorsitzender

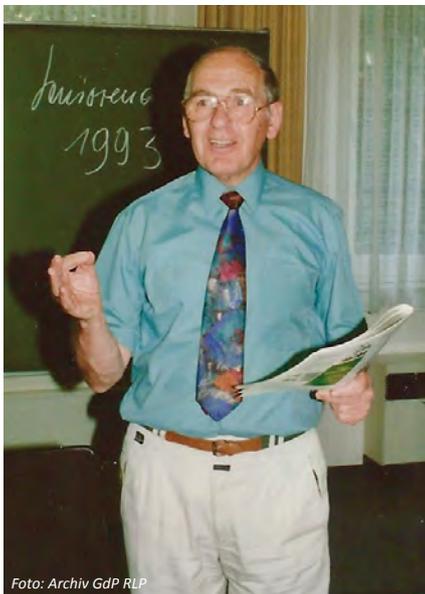


Foto: Archiv GdP RLP

1999

Durch eine Technische Richtlinie wird eine neue Polizeimunition eingeführt

Oktober 2001

Geschäftsstelle und PSW ziehen in das neue Bürogebäude in der Nikolaus-Koper-nikus-Straße 15 in Mainz ein.

2002

Ernst Scharbach wird Landesvorsitzender

2005 bis 2013

2005

Jutta Behnke wird als erste Frau „Libera“ im HPR.

Der neue, modernisierte Tarifvertrag (TVöD) löst den vorher gültigen Bundesangestelltentarif (BAT) für Beschäftigte bei Bund und Kommunen ab. Für die Länder werden separate Verhandlungen geführt.

2006

Die JUNGE GRUPPE (GdP) verhindert Herabsenkung der Eingangsbesoldung. Nach sechs Wochen Streik in Hamburg tritt der TV-L für die Beschäftigten der Länder in Kraft mit einem neuen Entgeltsystem.

2007

starten die ersten Masterstudiengänge an der Deutschen Hochschule der Polizei

2008

die Polizeizulage wird nicht mehr gezahlt

17.12.2008

Das EU-Parlament lehnt den EU-Minister-rats Vorschlags ab, demnach die maximale Wochenarbeitszeit hätte überschritten werden können. Bereitschaftszeiten bleiben weiter Arbeitszeit.

2.9.2009

Schichtdienstkonferenz

1. März 2010

Die Bezüge der Besoldungsempfängerinnen und Empfänger steigen um 1,2 %.

2010

Personalrätepreis in Bronze geht an Rheinland-Pfalz für die Dienstvereinbarung Behördliches Gesundheitsmanagement

2010-2014

Sabrina Kunz ist Bundesjugendvorsitzende

16.01.2013

Malu Dreyer (SPD) wird Ministerpräsi-dentin

2015 bis 2021

2015

GdP tritt aus EuroCOP aus

Im April 2015 konstituiert sich der Bundes-fachausschuss Schutzpolizei neu und der rheinland-pfälzische Polizeiobererrat Björn Neureuter wird Vorsitzender.

2017

Die GdP eröffnet ihr eigenes Büro in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel.

Der § 114 StGB: „Tätlicher Angriff auf Voll-streckungsbeamte“ wird geschaffen.

2018

Sabrina Kunz wird als erste Frau zur Lan-desvorsitzenden gewählt.

René Klemmer, Tarifbeschäftigter in RLP, wird stellvertretender Bundesvorsitzender.

Frühjahr 2020 bis jetzt

Die Polizei Rheinland-Pfalz bewältigt die Corona-Pandemie.

14./15.07.2021

Hochwasserkatastrophe im Ahrtal und im Bereich Trier

Ein Blick in die Geschichte

1950 bis 1959 – Der Aufbau

Erste Aktionen

1953 macht die GdP mobil und bringt bei großen Protestaktionen in Hamburg, Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, Koblenz, Trier und Wuppertal insgesamt 20.000 Teilnehmer auf die Straße. Die Arbeitgeber hatten eine Weihnachtssubvention abgelehnt, was von der GdP nicht akzeptiert werden konnte. Sie hatte sich an die Bundes- und alle Landesregierungen sowie alle Parteien mit der Forderung auf Auszahlung von 250 DM gewandt.

Ein junger Landesvorsitzender

Aus gesundheitlichen Gründen verzichtete Josef Harzheim leider schon beim 3. Landesdelegiertentag 1954 auf eine erneute Kandidatur, er wurde Ehrenvorsitzender.

Gewählt wurde dann der erst 34-jährige Heinz Wittkowski zum neuen Landesvorsitzenden. Er prägte für die kommenden 22 Jahre und damit bis heute die längste Phase, die GdP als Vorsitzender. In dieser Anfangszeit ging es zunächst um den Aufbau der Gewerkschaft und natürlich auch um das Anwachsen der Mitglieder. Die Besoldung war zentrales Thema. So legt die GdP 1954 eine viel beachtete Denkschrift zur Besoldungsreform vor mit dem Kernanliegen auf eine Höhergruppierung des Polizeidienstes. Die Innenministerkonferenz lehnt die aufgabengerechte Einstufung der Polizei 1955 ab, was zu einer Protestaktion von 25.000 Mitgliedern führt, die in deutschen Städten auf die Straße gehen.

Verbesserungen erreicht

Ein großer Erfolg der Bemühungen der GdP verwirklichte sich 1957. Der Bundestag beschloss die von der GdP geforderte Höherstufung der Polizei. Vorangegangen waren zwei Jahre andauernde Proteste in vielen Städten Deutschlands. Und bis zuletzt kämpfte die GdP, damit die Höhergruppierungen auch für die Kriminalpolizei gelten. Ebenso wurde das Pensionsalter auf das 60. Lebensjahr festgesetzt und die Zahlung einer Ruhestandsabfindung auf das 7-fache des Monatsgehalts beschlossen. 1959 wurde die GdP offiziell als Spitzenorganisation nach § 94 Bundesbeamtengesetz anerkannt. Demnach ist sie an Gesprächen zu beamtenrechtlichen Gesetzesvorhaben zu beteiligen.

„Entmilitarisierung“ der Polizei

Im Jahr 1959 beschäftigte sich in Remagen eine Sonderkonferenz der GdP mit den Plänen der Regierung für eine Notstandsbesetzung und macht klar, dass die Polizei kein Militär ist. Gekommen waren verantwortliche Personen aus den Innenministerien der Länder und des Bundes, aber auch Polizeifachleute aus der Praxis, für die die Konferenz eine Plattform für Gespräche bot.



Foto: Archiv GdP RLP

Der Landesvorsitzende Heinz Wittkowski bei der Laudatio zum 10-jährigen Bestehen seiner Heimatkreisgruppe Altenkirchen



Foto: Archiv GdP RLP

Heinz Wittkowski (links) im Einsatz am Nürburgring



Ein Blick in die Geschichte

1960 bis 1969 – Jahrzehnt der Studentenbewegung

1960 erfolgte erstmals der Abschluss von Anstufungsverträgen bei der Polizei und damit die Bestätigung der Tariffähigkeit der GdP. Die GdP versuchte weiter den polizeilichen Teil des Landesbeamtengesetzes und des Laufbahnrechts zu gestalten. Wichtig war, den Polizeiberuf für jungen Menschen attraktiv zu machen und das in einer Zeit, in der Industrie, Handel und Handwerk die Jugend umwarben und es Vollbeschäftigung gab.

GdP legt Wert auf eine zivile Polizei

Es ging auch um Verbesserungen in den Polizeiu Unterkünften in Wittlich-Wengerohr und Enkenbach-Alsenborn, weg von Kasernen, hin zu gut ausgestatteten Gebäuden. Auch der Umgang und die Ausbildungsmethoden waren Thema, manch einer hatte die neuen Zeiten noch nicht wahrgenommen bzw. verinnerlicht.

Bemühungen um Entmilitarisierung

1961 legt die GdP Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung von Explosivmitteln bei der Polizei ein. Die Militarisierung der Polizei ist weiter Thema aber die GdP kann die Aufstellung einer Polizeireserve sowie die Einführung einer Polizeidienstpflicht als Alternative zur Wehrpflicht verhindern. Erst 1964 kann diese Diskussion ad acta gelegt werden, hier ließen Bund und Länder die Pläne für einen Kombattantenstatus für die Polizei fallen, der zivile Charakter der deutschen Polizei blieb erhalten. 1968 verabschiedet der Bundestag eine Notstandsverfassung, in der die Polizei keine militärischen Aufgaben übernimmt.

Gründung JUNGE GRUPPE (GdP)

1966 entschied sich die Gewerkschaft der Polizei auf Wunsch der Landesbezirke Nordrhein-Westfalen und Berlin eine „junge aktive Gruppe“ zu gründen. Horst Geier aus Berlin wurde der erste Bundesjugendvorsitzende. Mit Karl Herfurt als Bundesjugendleiter beginnt der Aufbau der Jugendorganisation JUNGE GRUPPE (GdP).

Kripo

In der Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“ warnt die GdP vor Arbeitsüberlastung im Bereich der Kriminalpolizei. Die Diskussionen hierzu führen zu Verbesserungen bei Personal, Bewertung und Ausrüstung.

Entstehung der Außerparlamentarischen Opposition

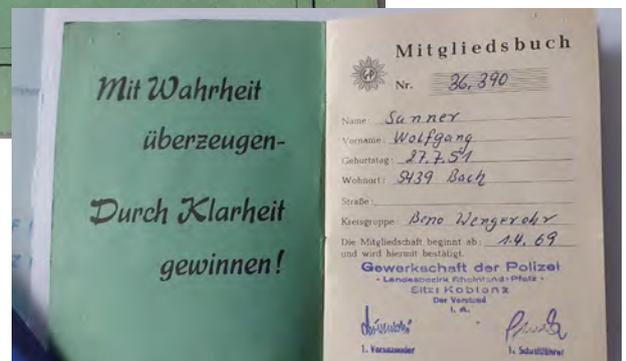
Mit dem Besuch des Schahs von Persien erreichen polizeiliche Einsätze eine bis dato unbekannte Dimension. 30.000 Polizisten werden eingesetzt. Diese Einsätze und die Studenten-Unruhen sind für die Polizei etwas Neues und sie sieht sich als „Prügelknabe der Nation“ an vorderster Front der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Lage für die Kollegen verschärft sich mit den gewalttätigen Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition (APO), die auch Polizisten das Leben kostet. Der 4. Mai gilt als Gründungsdatum der RAF, an diesem Tag befreite Ulrike Meinhof Andreas Baader aus der Haft.

In der Folge führt dies bei der Polizei zum Aufbau der Spezialeinheiten und intensiver Sorge um Training und Ausrüstung.

1968 wird das neue Spitzenamt im mittleren Dienst eingeführt. Bis dahin war der Obermeister das Endamt.



Mitgliedsbuch



Wappen der Ordnungspolizei Rheinland-Pfalz



Ein Blick in die Geschichte

1970 bis 1979 – Bewegtes Jahrzehnt

1970 beschließt der Delegiertenkongress die Forderung nach einem einheitlichen öffentlichen Dienstrecht. In einem Konzept „Laufbahn und Besoldung“ fordert die GdP eine eigene Besoldungsordnung für die Polizei. Eine eigene Besoldungsordnung für Richterinnen und Richter ist bereits vorhanden und die Lehrerschaft fordert ebenfalls eine eigene.

In der Broschüre „Polizei Notruf“ fordert die GdP Abhilfe bei den Mängeln bei der Schutzpolizei. Inhalte aus diesem Papier und der Denkschrift zur Kriminalpolizei „Kapitulation vor dem Verbrechen“ finden zwei Jahre später Eingang in das Sicherheitsprogramm, das die Innenministerkonferenz 1972 vorstellt, wie z.B. die Verstärkung der Polizeien um 15.000 Polizisten.¹

30.000 Mitglieder mobilisiert die GdP 1971. Was war geschehen? Die Forderung der GdP, die Zuständigkeit für die Besoldung auf den Bund zu verlagern, wurde erfüllt. Es folgten aber keine Verbesserungen. Der Bundesrat beschließt auf Druck der Gewerkschaft der Polizei nachträglich Verbesserungen wie die Polizeizulage in Höhe von 120,00 DM.

Weiter geht es in der Diskussion um die Notstandsgesetze darum, ob die Polizei über Waffen verfügen darf, die in ihrer Wirkung nicht dem verfassungsrechtlichen Übermaßverbot entsprechen können, wie Explosivmittel oder Maschinengewehre. Nach der 1961 eingelegten Verfassungsbeschwerde wurde ein Gutachten bei Prof. Denninger und Dr. Beye in Auftrag gegeben, welches 1971 vorgestellt wurde. Das Gutachten kam zu dem Schluss, dass weder Explosivwaffen, Granatwerfer noch Maschinengewehre in die Hände von Polizisten gehören.

Bei dem Überfall auf die israelischen Sportler im Olympia-Dorf in München durch arabische Terroristen kommen alle Geiseln und ein Polizeibeamter ums Leben sowie fünf der 9 Attentäter. Die Befreiungsaktion der Bundespolizei misslang, Streifenpolizisten waren kurzfristig mit Sturmgewehren ausgerüstet worden und als Scharfschützen benannt worden. Hiernach schafft die Bundesregierung die Antiterrorereinheit GSG 9 und die Länderpolizeien ihre Spezialeinsatzkommandos (SEK).

Die GdP fordert in der Studie „Gebremste Polizei“ 1972 für den allgemeinen Polizeidienst das Fachhochschulstudium. 1973 setzt die GdP durch, dass die Polizei zusätzlich zur Polizeizulage auch in die allgemeine Zulagenregelung einbezogen wird. Ferner erhalten alle Polizeibediensteten ein 13. Monatsgehalt.

Der erste Streik im öffentlichen Dienst wird 1974 durchgeführt und er zeigt Wirkung.

Bei einer Urabstimmung über Kampfmaßnahmen stimmten 90,9 % der Arbeiter und Angestellten für den Streik². Das zahlte sich aus. Die Gehälter steigen um 11 Prozent. Ferner wird die 40-Stunden-Woche eingeführt. Weiter beschließt 1974 die Innenministerkonferenz eine einheitliche Uniform, deren Ausgestaltung der Uniform durch Heinz Oestergaard setzt sich durch. Die Fahrzeuge erhalten die Kontrastlackierung minzgrün/weiß.

Hermann Lutz

1976 wurde Hermann Lutz zum Landesvorsitzenden gewählt. Er zeichnete für viele neue Impulse verantwortlich und arbeitete erfolgreich weiter an einer starken unabhängigen Berufsorganisation. Außerdem wurde er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.



Foto: Archiv GdP RLP

Der Landesvorsitzende Hermann Lutz (2.v.li.) im Gespräch mit Innenminister Kurt Böckmann. Ganz links der Gewerkschaftssekretär Thomas Will.

Schichtdienst Diskussionen

Ebenfalls im Jahr 1976 wird eine Studie der GdP zum Wechselschichtdienst veröffentlicht. Die Forderungen hieraus nach Verbesserungen gesundheitlicher Aspekte und eines angemessenen finanziellen Ausgleichs wurden 1979 auf dem Bundesdelegiertentag in Hannover beschlossen und danach mit Flugblatt-Aktionen, Protestkundgebungen und Demonstrationen eingefordert. Die rund um die Uhr-Tätigkeit der Polizei und die daraus entstehenden sozialen Probleme werden in der Öffentlichkeit zum ersten Mal überhaupt wahrgenommen.



Wappen der Ordnungspolizei Rheinland-Pfalz

¹ Interview mit Hanns-Heinz Bielfeld, hess. Innenminister, aus dem Spiegel 28/1972, <https://www.spiegel.de/politik/polizeistaat-wir-muessen-auf-der-hut-sein-a-83a88a21-0002-0001-0000-000042891615>

² DP Special No. 12, Supplement der Zeitschrift Deutsche Polizei 9/2000, S. 23

Ein Blick in die Geschichte

Anschläge

Im Folgejahr führt die Bedrohung durch den Terrorismus (Generalbundesanwalt Buback und zwei Personenschützer werden am 7. April 1977 erschossen; Jürgen Ponto wird am 30. Juli 1977 erschossen. Hanns-Martin Schleyer wird entführt und später tot aufgefunden, Fahrer und Leibwächter wurden ebenfalls getötet) zur immer stärkeren Zusammenarbeit der Länder. Eine breite Diskussion über einheitliche Polizeigesetze beginnt.

Ein Erfolg für die Arbeiter, Angestellte und Beamte ergibt sich 1977: es wird ein Urlaubsgeld ausgezahlt und zwei Jahre später gleich verdoppelt.

Interview mit Hermann Lutz

DURCH BETEN VERÄNDERST DU NICHTS!

Landesvorsitzender von 1976 bis 1990

Bundesvorsitzender von 1986 bis 1998

Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften 1989-2003

Träger der Theodor-Heuss-Medaille für den Einsatz gegen Rechtsextremismus

Hermann Lutz wurde am 3. April 1938 in Erfurt geboren und wuchs in Hessen auf. Er trat 1957 in die Polizei ein und nach der Zeit in der Bereitschaftspolizei ging er 1963 in den Einzeldienst nach Koblenz. Er beschreibt die Zeit der Ausbildung als stark militaristisch ausgeprägt, Uniformteile stammten noch aus dem Krieg

DP: Lieber Hermann, du warst 12 Jahre lang Bundesvorsitzender und damit der zweitlängste amtierende Bundesvorsitzende bis heute. Was war dein Rezept?

Lutz: Ich denke, dass ich in meiner Zeit sowohl als Landes- als auch als Bundesvorsitzender viele menschliche Katastrophen erlebt habe. Immer geholfen hat mir, Klartext zu reden. Zu sagen, was ist. Geholfen hat mir auch, gut mit den Medien umzugehen.

Sicherlich, das war auch harte Arbeit, immer morgens zeitig aufstehen, die Lage kennen und steuern. Denn wenn du die erste Meldung des Tages herausgibst, dann hast du die Deutungshoheit.

DP: OK, was war dein aufregendstes Erlebnis mit der GdP?

Lutz: Das war kein einziges, konkretes Erlebnis, sondern unzählig viele Begebenheiten, historische Ereignisse wie z.B. der Mauerfall. Im Anschluss daran habe ich mit Hilfe der Stasi-Unterlagenbehörde die Vorstände der GdP in Ost und West nach Stasi-Funktionären durchforsten lassen. Aber auch die Zusammenführung der einzelnen Gewerkschaften im DGB war für mich ein Highlight, hier habe ich als Vermittler gedient, um die so unterschiedlichen Gewerkschaften zusammen zu führen.

Die südlichen Bundesländer wollten damals gar nicht, dass die GdP in den DGB eintritt, da war viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Beeindruckt haben mich auch die Erlebnisse in anderen Ländern und Kulturen. Stundenlang könnte ich erzählen von Besuchen im Ausland. In Polen und der Slowakei gab es bereits Wodka aus Wassergläsern zum Frühstück.

Und zuletzt, ich war auch oft persönlich gefordert. Als ich 1976 zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, musste ich einen Tag später eine Jubiläumsrede zu 25 Jahre GdP RP halten, da habe ich das Improvisieren gelernt. Diese Herausforderungen haben mich immer gereizt und das Amt attraktiv für mich gemacht.

DP: Was hast du eigentlich vor der Polizei gemacht, gab es ein Leben vor der Polizei?

GdP wird Mitglied im DGB

1978 wird die GdP als 17. Mitgliedsgewerkschaft Mitglied im Gewerkschaftsbund. Das Ziel, dass die GdP seit 1950 verfolgte, ist erreicht.

Ab 1979 ist für den Aufstieg in den gehobenen Dienst ein sechsemestriges Studium erforderlich. Und das neue Spitzenamt im mittleren Dienst wird die A 9 mit Zulage, sowohl im Bund als auch in den Ländern. 1979 ist auch das Jahr des Beginns unzähliger Atommülltransporte und den damit verbundenen Demonstrationen. Fokus der GdP ist die Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung.



Hermann Lutz in 2018

Lutz: Oh ja, ich habe z. B. ein halbes Jahr im Bergbau gearbeitet und Kalksteine abgebaut, das war körperliche Schwerstarbeit. Zum Glück hatte ich einen Chef, einen FDP-Mann, der mehr als fürsorglich mit seinen Mitarbeitern umgegangen ist. Trotzdem bin ich nicht in die FDP eingetreten.

DP: Und wie war es dann bei der Polizei?

Lutz: Nun, die Nazis waren noch allgegenwärtig, auch bei der Polizei. Die Vorgesetzten habe ich als sehr rückwärtsgerichtet erlebt, Drill und stupides Befolgen von Befehlen war damals angesagt. Trotzdem haben wir uns manchen grenzwertigen Scherz mit unseren Vorgesetzten erlaubt.

DP: Was würdest du als Meilenstein für die Polizei benennen, was hat uns zukunfts-fähig gemacht?

Ein Blick in die Geschichte



VL.: Hermann Lutz, Ernst Scharbach und Steffi Loth beim Interview anlässlich des 80. Geburtstags

Lutz: Ganz klar aus meiner Sicht, die zweigeteilte Laufbahn. Wir haben damals Vergleiche angestellt zwischen dem Einkommen von z.B. Katasterverwaltern, dem Leiter des Friedhofswesens, den Mitarbeitern des Landesgestüts Zweibrücken u.a. und einem verheirateten Polizeihauptwachtmeister mit zwei Kindern. Der PHW lebte am Rande der Sozialhilfe. Diesen Missstand habe ich bei allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen und Treffen mit Politikern dargestellt, immer und immer wieder. Ja, bis es schließlich gefruchtet hat.

DP: Wenn du nun in die Zukunft blickst, was erscheint dir da für die Gesellschaft wichtig?

Lutz: Zum einen steht für mich fest, dass das Streikverbot nicht mehr zeitgemäß ist. Diese Abhängigkeit vom Dienstherrn

gehört aufgehoben. Außerdem muss Ende sein damit, dass der Mensch als Ware auf dem Arbeitsmarkt gehandelt wird. Dieser Begriff allein ist schon wirklich ärgerlich. Der Mensch ist keine Ware.

DP: Und was sollten die Gewerkschafter sich vornehmen?

Lutz: Für einen Gewerkschafter ist es immer wichtig, Druck zu machen. Seine Ziele klar zu formulieren und zu verfolgen, anzupacken und auf Missstände hinzuweisen. Auch mal ungewöhnliche Wege gehen. Ich habe mich z.B. im Selbstversuch mit CS-Gas beschießen lassen, um einen Eindruck von diesem Mittel zu bekommen, welches als Einsatzmittel eingeführt werden sollte. Die baulichen Zustände in vielen Polizeidienststellen waren damals unzumutbar. So haben wir Rattenfallen z.B. in Rockenhau-

sen und bei der PAST Montabaur aufstellen lassen und das Ergebnis der Öffentlichkeit präsentiert: Gefangene Ratten und Mäuse! Für mich steht fest, von allein passiert nichts.

DP: Hermann, herzlichen Glückwunsch zu Deinem 80. Geburtstag!

Für die Deutsche Polizei fragten Steffi Loth und Ernst Scharbach

Ein Blick in die Geschichte

1980 bis 1989 – Wechselschichtdienst im Fokus

Die schon 1975 beginnende Diskussion um den Wechselschichtdienst bleibt Dauerthema und mündet 1979 in Aktionen in 30 Städten, wo das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu dem Thema gesucht wurde und um Verständnis für die Belastungen geworben wurde. 1980 dann organisierte die GdP eine Sternfahrt nach Köln aus allen Bundesländern, um gegen die Belastungen des Wechselschichtdienstes zu protestieren.

1981 werden vier Tage Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende eingeführt.

Auch in der rheinland-pfälzischen Polizei ging es hoch her um den Wechselschichtdienst. Die GdP veröffentlichte 1975 eine Studie über die besonderen Schwierigkeiten des Wechselschichtdienstes und mündete als Zwischenschritt in der Bildung einer Arbeitsgruppe „Wechselschichtdienst der Polizei“ unter der Leitung von Hartmut Oemler mit dem Auftrag, Möglichkeiten zur Erleichterung und Verbesserung der Situation von Wechselschichtdienst eingesetzten Polizeivollzugsbeamten aufzuzeigen.

5-Schichten-Dienst

Auf Forderung der GdP signalisierte der Innenminister Böckmann der GdP im frühen Herbst 1980 die Bereitschaft, in einigen Dienststellen probeweise einen 5-Schichten-Dienst einzuführen und bei positivem Ausgang landesweit zuzulassen. Ein halbes Jahr vorher hatte er sich noch kategorisch geweigert, eine fünfte Schicht einzuführen, weil dafür kein Personal da sei.

Schon bald zeigten sich positive Effekte durch die 5. Schicht und der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe fiel positiv aus. Sie empfahl die Einführung des 5-Schichten-Dienstes bei allen Polizeipräsidien und -direktionen sowie bei Polizeiamt und Schutzpolizeiinspektionen mit mindestens 35 Beamten im Schichtdienst¹. Im Frühsommer 1982 wurde die 5. Schicht, die sogenannte Böckmann-Schicht als Regeldienst landesweit zugelassen. Hiernach mussten noch zahlreiche andere Probleme gelöst werden, die aufgetaucht waren wie z.B. der Umgang mit Gerichtsterminen nach dem Nachtdienst, Anrechnung der Krankheitszeiten auf die Dienstzeit, Vergütung der Wochenenddienste, Anerkennung der Reisezeit als Dienstzeit, Dienst zu ungünstigen Zeiten usw.

Anti-Atomkraftbewegung

Im Jahr 1981 gingen die gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Straße weiter, die Bevölkerung protestierte gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf mit dem sogenannten Marsch auf Brokdorf. Weiter gingen auch die Aktionen und Ausschreitungen auf dem Gelände der geplanten Startbahn West. Verletzte gab es viele, auf beiden Seiten. An der Startbahn West wurden am 2. November 1987 die Polizisten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm bei den Einsatzmaßnahmen getötet. Ein militanter Autonome hatte die beiden erschossen, weitere Kollegen wurden teils schwer verletzt.

1986 hat die GdP Rheinland-Pfalz 7100 Mitglieder. Und der in Erfurt geborene und in Rheinhessen lebende Herrmann Lutz, Polizeioberst, wird zum Bundesvorsitzenden gewählt. Beim Einsatz anlässlich der Demonstration von über 180.000 Menschen in Büchel gegen die Raketenaufrüstung setzt die rheinland-pfälzische Polizei auf Kommunikation und Pressearbeit. Der Einsatz verläuft komplett friedlich.



Foto: Archiv GdP RLP

Trauermarsch für die im Dienst verstorbenen Kollegen.

Besoldung

1982 wehrt sich die GdP erfolgreich gegen Protestkundgebungen gegen die Entkopplung der Besoldungsanpassung des Tarifergebnisses.

Über den Sommer 1985 finden zahlreiche Kundgebungen im Bundesgebiet statt, auf denen eine leistungsgerechte Bewertung und personelle Verstärkung der Polizei gefordert wird. In Mainz kommen zur Abschlusskundgebung 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz (West-) Deutschland zusammen. Bei der Abschlusskundgebung in der Mainzer Rheingoldhalle hörten der eindringlichen Rede von Hermann Lutz zur zunehmenden Arbeitsbelastung und ausbleibender gerechter Bewertung auch Politiker aus der Landes- und Bundespolitik bis hin zum Innenminister Kurt Böckmann zu.² Dieser wurde bei seiner Rede von den Kolleginnen und Kollegen ausgebuht und durch Sirenengeheul unterbrochen. Ein Jahr später werden die Obergrenzen für die Anteile der Beförderungämter in den Besoldungsgruppen A 8 und A 9 um jeweils fünf auf 40 v. H. angehoben. Und das Urlaubsgeld wird erhöht, für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 auf 450 DM.

1987 führt der Einsatz der GdP zur Einführung einer Stundenpauschale von 1,50 DM für Polizeivollzugsbeamte, der sogenannte Dienst zu ungünstigen Zeiten oder auch kurz DUZ.

1988 brachte die Tarifrunde die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden pro Woche, sie wird dann stufenweise bis 1990 auch so eingeführt.

Frauen in der Polizei

1987 wurden die ersten Frauen in den Ausbildungsstandorten der Bereitschaftspolizei für die rheinland-pfälzische Schutzpolizei eingestellt. Dies waren nicht nur für die weiblichen Auszubildenden

¹ Wechselschichtdienst-Zwischenbilanz der Gewerkschaft der Polizei in Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, 1987

² Demonstration für eine leistungsgerechte Bewertung des Polizeidienstes 1984/1985, Gewerkschaft der Polizei, 1986, S. 35

Ein Blick in die Geschichte



Foto: Archiv GdP

Computer-Lehrgang mit ersten uniformierten Frauen in der Polizei.

interessante Wochen und Monate. In den Standorten und den Ausbildungshundertschaften bereitete man sich intensiv auf die neue Situation vor. Alles musste überdacht und verändert werden. Die Fragen zur Unterbringung, der Bekleidung, der Ausbildungsformen (speziell im Sport) und vieles mehr mussten geklärt werden. Sätze wie: „Das schaffen die nie“, oder „Die können das nicht“ machten die Runde. Es kam aber anders. Engagiert und selbstbewusst absolvierten die Kolleginnen ihren Dienst und integrierten sich in die Polizei.

Neues zu akzeptieren, fällt vielen Menschen nicht leicht. Für die Aufgabenwahrnehmung der Polizei und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung war diese Personalentwicklung in unserer Landespolizei alternativlos. Kolleginnen in der Kriminalpolizei kannte man zum damaligen Zeitpunkt schon. Eine Verwendung von Kolleginnen in der Schutzpolizei hielten zwar viele für sehr wichtig, die Ressentiments mussten aber überwunden werden. Die Kolleginnen haben mit Engagement und Leistung einen ganz wesentlichen Beitrag zur Normalität geleistet.

Die Seniorengruppe Bund konstituierte sich im Mai 1987.

Gladbeck

Ein Jahr später verstarb ein Kollege bei dem Geiseldrama von Gladbeck, bei dem die Presseberichterstattung von und mit den Tätern Kopfschütteln in der Gesellschaft auslöste, innerhalb der Polizei aber die Diskussion über den finalen Rettungsschuss erneuerte und auch die Geeignetheit der polizeilichen Munition. Zudem wird Leitziel der Taktik, dass die Geiselnahme am Tatort gelöst wurde und jede Dynamisierung der Lage vermieden werden soll.

Flugtagsunglück

Am 28. August 1988 ereignete sich ein schreckliches Unglück auf der Air Base Ramstein, drei Düsenjäger stießen bei einer Luftfahrtshow in der Luft zusammen und stürzten hiernach teilweise in

die Zuschauermenge. Es kamen 39 Menschen direkt ums Leben, 31 erlagen später ihren Verletzungen. Das Ereignis hinterließ starke Spuren bei der Polizei allgemein aber auch bei den Einzelnen. Die psychologische Nachbetreuung der Opfer und auch der Rettungskräfte wurde zentrales Thema.



Wappen Polizei Rheinland-Pfalz

Ein Blick in die Geschichte

1990 bis 1999 – Abwehr von Verschlechterungen



Foto: Archiv GdP RLP

Helmut Conradt

Helmut Conradt wurde am 26. Juni 1990 der vierte Vorsitzende der GdP RLP

Polizeieinsatz „Lindwurm“ - ein Großeinsatz für die Polizei RP. Im Jahr 1990 gab es monatelange Planungen, Manpower der gesamten Polizei Rheinland-Pfalz, technische Aufwendungen und ein Zusammenspiel verschiedenster Sicherheitsbereiche der US-Streitkräfte, der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes (heute Bundespolizei) und der Deutschen Bundesbahn waren notwendig um die im US-Depot Clausen (Landkreis Südwestpfalz) gelagerten chemischen Waffen (102.000 Giftgasgranaten mit den Nervengiften: VX und Sarin, insgesamt rund 400 Tonnen) sicher abzutransportieren.

Die Einsatzleitung der rheinland-pfälzischen Polizei war in Enkenbach-Alsenborn untergebracht. Polizeiführer war Siegfried Korb und sein Vertreter war Wolfgang Fromm (gleichzeitig Leiter des Führungsstabes). Die Aufwendungen und Sicherungsmaßnahmen waren enorm, um die Transporte auf der Straße von Clausen in das US-Depot Miesau und von dort über Schiene in den Hafen von Nordenham durchzuführen.

Konkreter Start dieses Großeinsatzes für die Polizei war der 26. Juli 1990. Abschlussstag aller Transportmaßnahmen war der 19. September 1990. Mit einem Abschlussfest in Clausen und Anwesenheit des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl wurde den Sicherheitskräften für ihre Arbeit gedankt. Alle am Einsatz Beteiligten bekamen eine Erinnerungsmedaille.

Gut, dass die Chemiewaffen aus Deutschland entfernt wurden und diese Tatsache heute nur noch in den Geschichtsbüchern existiert. Interessant war dieser Einsatz für die Polizei RP trotz-

dem. Viele Dinge wurden zur Bewältigung des mehrmonatigen Einsatzes beschafft und verwandt. Besonders in der Datentechnik und der Bewältigung von Nachrichten und Mitteilungen beschränkt man neue Wege.

Die verwandten Mobiltelefone (C-Netz) waren natürlich für die damaligen Verhältnisse „der absolute Brüller“. Rund sieben Kilo schwer, nicht zum Einstecken in die Hosentasche gedacht, sondern vom Format her eher etwas, um die Armmuskulatur intensiv zu trainieren. Wer aber ein solches mobiles Telefon hatte, zeigte es auch sehr gerne. Positiv war dennoch, dass sich durch diesen Einsatz die Technisierung bei der Polizei wieder einen kleinen Schritt nach vorne bewegte.

Mitglieder aus der Gewerkschaft der Volkspolizei wechseln zur GdP

Die GdP unterstützt nach dem Fall der Mauer die Kolleginnen und Kollegen der Volkspolizei in der DDR und gibt Hilfe zum Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen. Der überwiegende Teil der Mitglieder der in der DDR nach der Wende neugegründeten Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) schließt sich der GdP 1990 an und der Aufbau der neuen GdP-Landesbezirke wird begonnen.

Neue Zulage

Die Entschädigungssätze für den Dienst zu ungünstiger Zeit erhöht sich für Nachtdienststunden auf 2,50 DM und für Sonn- und Feiertag auf 4,00 DM. Die Polizeizulage steigt erstmals an, von 120 DM auf 200 DM. Außerdem wird sie ruhegehaltstauglich. Eine neue Schicht- und Wechselschichtdienstzulage von bis zu 200 DM

Ein Blick in die Geschichte

wird rückwirkend zum 1. April 1991 eingeführt, diese wird für den Polizeivollzugsdienst zur Hälfte auf die Polizeizulage angerechnet.

1991 demonstriert die GdP in den neuen Bundesländern für den schnelleren Aufbau demokratischer Polizeistrukturen.

Zweigeteilte Laufbahn

In mehreren Bundesländern, so auch in Rheinland-Pfalz, wird 1991 der Anteil des gehobenen Dienstes zu Lasten des mittleren Dienstes angehoben.¹ Die Zweigeteilte Laufbahn macht deutschlandweit Fortschritte und Rheinland-Pfalz ist ganz vorne dabei. Für die politische Diskussion ist die Kienbaum-Studie wichtig, die vom Innenministerium NRW in Auftrag gegeben wurde. Darnach gehört mit wenigen Ausnahmen die schutzpolizeiliche Tätigkeit zum gehobenen Dienst.

1992 wird noch einmal mehr Druck auf die Politik ausgeübt, der gehobene Dienst wird nun auch in Rheinland-Pfalz deutlich ausgeweitet. Im Mai 1992 steigen 454 Beamtinnen und Beamte vom mittleren in den gehobenen Dienst auf, Walter Zuber überreicht die Urkunden persönlich.

Die sogenannte Doppelqualifizierte Ausbildung (DoQua) und Fachoberschule (FOS) wurden im Nachgang geschlossen und die Aufstiegsausbildung als Übergang geschaffen. Für die DoQuas wurde durch Druck der GdP erreicht, dass sie einen gleichwertigen Zugang zur FH erhalten und die Probezeit zum POM statt fünf nur



Mit Berthold (Jackie) Wagner wird 1991 der erste Polizist Polizeipräsident. Ihm folgen zeitnah Franz Kirchberger und Klaus-Jörg Weidmann.

drei Jahre dauert. Für die Führungskräfte wird ein neues Fortbildungskonzept geschaffen, da das FH-Studium keinen Führungslehrgang mehr enthält. Die GdP fordert als Eingangsamt die A 8 und die Entlastung der Polizei von ausbildungsfremden Tätigkeiten.

Außerdem fordert die GdP die persönliche Ausstattung mit Schutzwesten aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und ein Jobticket.

Streik

Im April 1992 kommt es zum zweiten und bislang größten Streik, das Angebot von 3,5 % Lohnerhöhung ist nicht akzeptabel. Für die Bundes-GdP ist die Angleichung der Gehälter im Osten das Kernthema, sie erhalten 74 Prozent des Gehalts, das im Westen gezahlt wird.

Die GdP Rheinland-Pfalz ist ebenfalls streikwillig, nachdem am Anfang nur in einzelnen Bereichen gestreikt wurde wie bei den Politessen, den Werkstätten und den Bußgeldstellen, wollen alle Kolleginnen und Kollegen mit einbezogen werden.

Neuorganisation

Eine umfangreiche Diskussion löst das Modell zur Neuorganisation der Polizei aus. Es werden die Polizeidirektionen gebildet. Die GdP passt sich dem an und beschließt auf jeder Führungsebene auch eine GdP-Untergliederung anzusiedeln, es entstehen die Kreisgruppen. Auch das LPersVG muss angepasst werden, damit auf der Ebene der Polizeidirektion, Mitbestimmung stattfinden kann. Im Rahmen dieser Diskussionen wird die Mindestausstattung einer Polizeiinspektion mit 30 WSD-Leistenden gefordert. Zum 01. September 1993 tritt die Organisationsreform in Kraft.

Wechselschichtdienstkonferenz

Am 27. April 1993 wird auf der Wechselschichtdienstkonferenz alles zur Sprache gebracht, was den WSD so schwierig macht. Räumlichkeiten, Fahrzeuge und schlechte Aufstiegschancen stehen im Fokus.



Foto: Archiv GdP RLP

Suche nach einer geeigneten Liegenschaft auf dem Gelände der Amerikaner auf dem Flughafen Hahn.



Foto: Archiv GdP RLP

Blick in die Zuhörerinnen und Zuhörer bei der

¹ DP Special 1950-2000 Beilage der DP 9/2000, S. 37

Ein Blick in die Geschichte



Demo in Mainz am 20.11.1993, in der ersten Reihe in Uniform der Landesvorsitzende Helmut Conradt.

Frauengruppe

Am 11. April 1994 wird die Frauengruppe als dritte der Personengruppen in Rheinland-Pfalz gegründet. Vorsitzende wurde Iris Michel, die zusammen mit Gerhilde Günter, Tina Eichenlaub, Jutta Behnke, Christiane Schäfer und Carla Thorn die Interessen der Kolleginnen vertrat. Beteiligung, Vernetzung, Themen wie Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Elternzeitpool und Vereinbarkeits-themen standen im Fokus.



Foto Frauen Iris Michel (M.) mit Tina Eichenlaub, Gerhilde Günter, Carla Thorn und Jutta Behnke (vo.li.n.re.).

Rechtsextremistische Anschläge in Deutschland

Rechtsradikale und ausländerfeindliche Übergriffe (Hoyerswerda, Mölln und Rostock-Lichtenhagen 1991/92) beunruhigen die Polizei. Die GdP Bund beschließt 1994 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die rechtsextremistische DVU. Die Polizei Rheinland-Pfalz stößt einen Diskussionsprozess an, aus dem 1996 die Kommission Innere Führung (KIF) entsteht, deren wesentliche Aufgabe die Erstellung eines Leitbildes war. In einem umfangreichen Prozess mit intensiver Mitarbeiterbeteiligung trat es 1999 in Kraft.

Gegen die „Ellbogen-Quotierung“

1995 stößt das Bundesinnenministerium eine Dienstrechtsreform an, in der höchstens 10 Prozent der Beschäftigten in den Genuss von Leistungsprämien kommen sollen, der Ärger unter den Beschäftigten ist vorprogrammiert. Mit der Postkartenaktion „Gelbe Karte“ drückt die GdP ihre ablehnende Haltung aus. 1996 wird ein milderes Gesetz verabschiedet.

Mitbestimmung

Erhebliche Rückschritte mussten 1998 die Personalräte für ihre Arbeit durch das neue Landespersonalvertretungsgesetz verzeichnen, denn über eine Einschränkung der Mitbestimmung hinaus, beschnitten Regierung und Parlament auch noch die Größe der Personalräte und ihre Arbeitsbedingungen. Viel Ärger bereitete die lange Zeit nicht eindeutig geregelte Delegation von Aufgaben in den Polizeipräsidiien und die damit verbundene Zuständigkeit der Personalräte oder des jeweiligen Gesamtpersonalrates. Praktisch Fall für Fall musste um eine Zuweisung der Bearbeitungszuständigkeit auf die örtliche Ebene gekämpft werden. Im Ergebnis steht jetzt eine Handhabung, die sehr eng an die Behördenstruktur geknüpft ist, aber einigermaßen praktikabel erscheint. Dennoch scheinen noch immer nicht für alle Präsidiien allseits akzeptierte Lösungen für alle Regelungsbereiche gefunden worden zu sein.

Arbeitszeit

Nach wie vor müssen die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz 40 Wochenstunden arbeiten. Die Forderung der GdP nach Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche und weiterer Arbeitszeitverkürzung für den Schicht- und Wechselschichtdienst hat die Landesregierung abgewiesen. Ganz im Gegenteil besteht berechtigte Skepsis, ob die Grundregelungen für die Verlängerung der Wochenarbeitszeit über 40 Stunden hinaus dem europäischen Arbeitszeitrecht entsprechen. Forderungen von GdP und DGB, den Arbeitszeitrahmen in Form eines Jahresarbeitszeitkontos darzustellen, scheiterten im Kabinett am Widerstand der FDP. Lediglich für den Schicht- und Wechselschichtdienst wurden generelle Ausnahmen zugelassen, für die übrigen Arbeitsbereiche bleibt es bei temporären Regelungen mit Vorbehalt des Innenministeriums. Verbessert wurden die Regelungen für die Gleitzeit, die aus Sicht der Mitarbeitenden mehr Variationsmöglichkeiten ermöglichen.

Umstritten waren über Monate hinweg die Vorstellungen des Innenministeriums zur Umsetzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen für den Wechselschichtdienst. Es entstand der Eindruck, man wolle von Seiten des Dienstherrn den stetigen Personalabbau kaschieren und unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten auch

Ein Blick in die Geschichte

gegen den Widerstand der jeweiligen Belegschaft neue Arbeitszeitmodelle „überstülpen“. Die GdP hat sofort gegen solche Vorstellungen scharf protestiert. Das Innenministerium ruderte dann auch zurück und relativierte die „missverständlichen“ Vorgaben für die Polizeipräsidenten bzw. die nicht so beabsichtigte erste Umsetzung der Zielsetzungen.

Im Gespräch mit allen Polizeipräsidenten konnte die GdP sich überzeugen, dass eine Kündigung von Dienstvereinbarungen für die Arbeitszeitregelung nur als ultima ratio in Erwägung gezogen werden würde. Man setze auf Aufklärung und Überzeugung der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In konsequenter Verfolgung seiner Linie unterstützte der GdP-Landesvorstand die Personalräte vor Ort im Diskussionsprozess um die Arbeitszeitflexibilisierung. Darüber hinaus wurde sehr eingehend der vom ISIM vorgelegte Entwurf einer VV „Flexible Arbeitszeit im Polizeidienst“ bewertet und in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat Polizei im Mitbestimmungsverfahren zu einem Stand gebracht, der Schutzinteressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso zur Geltung bringt wie die dienstlichen Belange. Inzwischen sind bei einer Vielzahl von Polizeiinspektionen Anpassungen von Arbeitszeit erfolgt.

Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Helmut Conradt Kampf für die 5. Dienstgruppe

Helmut Conradt engagierte sich in seiner 32jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Funktionär in der Gewerkschaft der Polizei auf örtlicher Ebene sowie in Landes- und Bundesgremien in besonderer Weise für die gesellschaftliche Anerkennung des Berufsbildes der Polizei im Verständnis einer „Bürgerpolizei“. Aus seiner langjährigen Berufserfahrung als Polizist wusste er um die besondere Bedeutung einer gut funktionierenden Kooperation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und „ihrer“ Polizei. Der überwiegende Teil aller Straftaten gelangt der Polizei nur deshalb zur Kenntnis, weil Bürgerinnen und Bürger Anzeigen erstatten. Und ein immens großer Teil der Straftaten kann nur deshalb aufgeklärt werden, weil Bürgerinnen und Bürger Hinweise an die Polizei geben, auf die sich der Ermittlungserfolg gründen kann.

Auf verschiedenen Feldern gelang es Helmut Conradt, diese Polizeiphilosophie in polizeiinternen Reformprozessen zur Geltung zu bringen. So drängte er schon Anfang der 70er Jahre mit einigem Erfolg darauf, in der Bereitschaftspolizei die noch stark nach militärischen Zügen geprägte Ausbildung aufzugeben und Praxis wie Theorie der beruflichen Qualifikation junger Polizisten an dem damals als „zivile Polizei“ definierten neuen Berufsverständnis der Polizei auszurichten.

In den 80er und 90er Jahren setzte sich diese Linie wie ein roter Faden fort und fand in seinen Beiträgen für die 1995 auf den Weg gebrachte Reform von Ausbil-

dung und Laufbahn der Polizei, die damals Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich auf einen Spitzenplatz brachte, nachhaltigen Widerhall.

Ebenso engagiert brachte sich Helmut Conradt 1992/93 in das zweite große Reformwerk der SPD/FDP-Landesregierung ein: Die grundlegende Modernisierung der Polizeiorganisation. Er hat seinen Teil dazu beigetragen, dass die Leitlinien der Organisationsreform auf breiter Basis in der Polizei Anklang fanden und die in zwei wesentlichen Schritten in den Jahren 1993 und 1997 auf den Weg gebrachte Umsetzung des Vorhabens bei aller kontroverser Debatte um den Bestand von Dienststellen, ihre Zuschnitte oder Aufgabenfelder oder die Personalzuweisungen zu keinem Zeitpunkt Gefahr lief zu scheitern.

Der Name Helmut Conradt verknüpft sich weiter mit wichtigen Entwicklungen für die Arbeitsbedingungen der Polizeibeschäftigten und die angemessene Bewertung ihrer beruflichen Leistungen. Das gilt sowohl für die Einführung der 5. Dienstgruppe im Wechselschichtdienst der Polizei zu Beginn der 80er Jahre als auch für die schrittweise Realisierung der zweigeteilten Laufbahn.

Helmut Conradt nutzte die mit der Tätigkeit im Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei verbundenen Möglichkeiten, um für die Anerkennung und das Image der rheinland-pfälzischen Polizei einzutreten und zu werben. Unermüdlich tat er dies in vielen öffentlichen Erklärungen und De-



Helmut Conradt mit Bundesverdienstkreuz

batten. Seine Vorschläge und Anregungen fanden sowohl im GdP-Bundesvorstand als auch im DGB-Landesvorstand regelmäßig Anklang.

In seiner rund 30jährigen Personalratstätigkeit zeigte sich Helmut Conradt als sachkundiger und wenn nötig auch als engagiert streitender Partner, der immer versuchte möglichst gute Lösungen im Interesse der Polizeibeschäftigten zu erzielen ohne dabei die Belange des Landes zu verkennen.

Ein Blick in die Geschichte

2000 bis 2009 – Wechsel in ein neues Jahrtausend

Dem Jahreswechsel gingen zahlreiche Unkenrufe bezüglich der Sicherheit der Computer insbesondere im Bankenwesen voraus. Passiert ist derlei nichts, ein ruhiger Jahreswechsel stellte sich ein.

Jedoch werden insgesamt sieben Kolleginnen und Kollegen bundesweit im Dienst im ersten halben Jahr des Jahres 2000 getötet. Ein Schweigemarsch in Dortmund drückt die Bestürzung aber auch Sorge aus. Hierauf ergreift die GdP die Initiative, eine Studie zu beauftragen, die sich mit dem Thema Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu beschäftigt. Hiermit wird das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) beauftragt, welches die Jahre 1985 bis 2000 betrachtet. Die Ergebnisse zeigen eine Zunahme der Gewalt, worauf die GdP mit den Forderungen nach besserer Ausrüstung und Eigensicherung auftritt.

Häusliche Gewalt als Privatangelegenheit?

Im April 2001 findet in Mainz das GdP-Diskussionsforum „Häusliche Gewalt“ statt. In Rheinland-Pfalz wird die Arbeitsgruppe Gewalt gegen Polizeibeamte gegründet.

Internationaler Terrorismus

Der 11. September 2001 bringt den Terrorismus in den Fokus der Öffentlichkeit und der Polizei. Viele neue Aufgaben entstehen bei der Terrorabwehr. Das Thema verstärkt sich durch weitere Terroranschläge wie in Madrid und London; die GdP stellt ein zweites Positionspapier zur „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ vor, das die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus fordert und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Ein Raumschutzkonzept und intensive Ermittlungsmaßnahmen erforderten einen hohen Kräfteinsatz im Nachgang in Rheinland-Pfalz.

Lebensarbeitszeit

Die Landesregierung kündigt im November 2002 an, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes müssen demnach bis 63, die des höheren Dienstes gar bis 65 arbeiten. Ausnahmen gibt es lediglich bei einer mindestens



„Opa-Polizei“-Aktion.

25-jährigen Verwendung im Wechselschichtdienst, SEK, MEK oder Hubschrauberstaffel.

Diese Planungen führten zu hitzigen Diskussionen und auch Aktionen. 27 Stunden stand eine Mahnwache der GdP am 17. Januar 2003 vor dem Landtag, um den Protest offen darzustellen. Einen Monat später fand eine Großkundgebung mit weit über 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenfalls in Mainz gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit statt. Danach veranstaltet die GdP ein Forum mit Landtagsabgeordneten, um das Thema zu diskutieren. Weiter gab es kleinere Aktionen wie der Verkauf von „Polizeisicherheitsaktien“ in den Fußgängerzonen an Bürgerinnen und Bürger und „Opa-Polizei“. Die Kollegen der PI Lauterecken erhalten den ironischen Preis „silberner Krückstock“ mit ihrer ältesten Dienstgruppe im ganzen Land. Regierungsvertreter und Parlamentarier ließen sich nicht beeindrucken, das Gesetz wurde im Parlament mit den Stimmen der Regierungsfraktion verabschiedet und trat ab April 2003 in Kraft.

Die Evaluation wird für 2009 angesetzt. Vorher findet aber noch die SALSA-Studie von Prof. Dr. Nachreiner auf Betreiben der GdP statt. Ein Jahr Absenkung der Hürden kann erreicht werden.

Rote Karte

Im Herbst 2003 demonstrieren Kolleginnen und Kollegen vor der Staatskanzlei gegen die Kürzung und Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Der Oktober ist der Monat der „Roten Karte“ für die Regierung von Kurt Beck.



Polizeisicherheitsaktie, Design GdP



Demoaktionen „Rote Karte“ für Ministerpräsident Kurt Beck.

Ein Blick in die Geschichte

Für das Betreuungskonzept für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 werden mehr als 300 Vertrauensleute der GdP schlaugemacht. An allen Spieltagen in Kaiserslautern und anderen Örtlichkeiten waren GdP-Betreuer „im Einsatz“ und kümmerten sich.

Übernahmegarantie

Der seit Februar 2005 im Amt befindliche Innenminister hat 2006 eine böse Überraschung für die Polizei parat, er will die Übernahmegarantie nach der Ausbildung an der FH aufheben. Außerdem soll die Eingangsbesoldung von der A 9 auf die A 8 abgesenkt werden. Die JUNGE GRUPPE (GdP) und der Landesvorstand führten zahlreiche Gespräche insbesondere mit Kurt Beck und Karl Peter Bruch und konnten beides verhindern.

Gesundheit

2005 findet das erste Arbeitsschutzsymposium statt. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin beginnt auf Ersuchen der GdP 2006 mit einer dreijährigen Forschung zu Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) im Polizeidienst.

Die GdP in Rheinland-Pfalz gründet im September 2006 den Fachausschuss Gesundheit und Arbeitsschutz.

Modernisierter Tarifvertrag

Zum 01.10.2005 löst der neue, modernisierte Tarifvertrag (TVöD) den vorher gültigen Bundesangestelltentarif (BAT) und den Manteltarifvertrag für Arbeiter (MTArb) ab. Da die Länder bei den gemeinsam geführten Verhandlungen die einseitige Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden beschließen, werden sie aus der Runde ausgeschlossen. Es müssen separate Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder geführt werden. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge und werden von bundesweiten Streikmaßnahmen begleitet. In Hamburg streiken die Beschäftigten der Polizei – insbesondere in den Werkstätten – sechs Wochen. Am 01. November 2006 tritt der TV-L mit einem neuen Entgeltsystem in Kraft. Es dauert noch bis zum 1. Januar 2011, bis die endgültige Entgeltordnung zur Eingruppierung der Beschäftigten abgeschlossen ist.

Föderalismusreform

Trotz erheblicher Gegenwehr aller öffentlicher Dienstgewerkschaften wurde im Jahr 2006 durch eine Änderung des Grundgesetzes die Verantwortung für Besoldung, Versorgung und Laufbahn auf die Länder übertragen. Ebenso die Erschwerniszulagenverordnung ist nun Sache der heimischen Landesregierung und so fordert die GdP u.a. eine Erhöhung des DUZ auf 5 € die Stunde für Nachtdienste an Freitagen, Samstagen und Sonn- und Feiertage. Bei Streikaktionen vom 13. Februar bis 21. März 2006 in allen Polizeidienststellen des Landes wehren sich die Beschäftigten gegen die Forderung der



Foto: Mdl

Philipp Römer, Joachim Laux (Mitte) und Steffi Loth mit der Grundzertifizierung.

Arbeitsgeber auf eine Arbeitszeiterhöhung auf bis zu 42 Stunden und eine Streichung bzw. Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. 2006 zeigt die GdP mit der Aktion Schlagbaum Kampfkraft gegen den Rückfall in föderale Strukturen.

Audit Beruf und Familie

Am 30. November 2006 erhielt die rheinland-pfälzische Polizei das Grundzertifikat zum audit berufundfamilie®. Ziel der Auditierung soll eine Optimierung des Personalmanagements hin zu einer familienbewussten Personalpolitik sein. Konkrete Ziele waren z.B. die Befreiung von Alleinerziehenden von der Rufbereitschaft, Entwicklung familienbewusster Dienstzeitmodelle oder die leitfadengestützten Freistellungs- oder Rückkehrgespräche von Eltern. Die Frauengruppe hatte den Prozess positiv begleitet und auch für die jeweiligen Re-Auditierungen gekämpft. 2008 werden die Themen Einstimmung der Führungskräfte auf ein familienbewußtes Personalmanagement und die Aufnahme des Themas in die Ausbildungsmodule der Führungsqualifizierung/Führungskräfte-Training erfüllt. Flexibilisierung der Arbeitszeit, alternierende Telearbeitsplätze, familienbewusste Fortbildungsangebote und Betreuungsmöglichkeiten an polizeilichen Standorten waren Inhalte der zweiten Re-Auditierung. Nach 2012 erfolgte keine weitere Re-Auditierung.

Laues Angebot

November 2007: 1000 Kolleginnen und Kollegen demonstrieren vor dem Mainzer Landtag, die GdP fordert eine angemessene Einmalzahlung und die Bezügeerhöhung um mindestens 2,9 %. Das Angebot der Regierung lag zu diesem Zeitpunkt bei 0,5 % Erhöhung, diese Festlegung wurde im Jahr 2006 für die beiden Folgejahre festgelegt und reicht der GdP natürlich nicht. Im Herbst 2008 sagt der Staatssekretär Roger Lewentz zu, die Besoldung nicht mehr wie in den Jahren 2007 und 2008 festzusetzen, sondern das Ergebnis der Tarifrunde zu übernehmen.



Foto: Archiv GdP RLP

Ernst Scharbach am Schlagbaum auf der Theodor-Heuss Brücke nach Hessen.

Ein Blick in die Geschichte

Uniform

Eine neue Uniform wird durch Trageversuche vorbereitet, die im Jahr 2007 laufen. Neu wird eine taktische Hülle für die ballistische Schutzweste kommen, ein völlig neues Bekleidungsstück sowie eine Einsatzmütze (Baseballcap) für Kräfte der geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei und eine praktische Cargo Hose und ein Windbreaker für den WSD. Die GdP hatte die Beteiligung der Anwender und praktikable Lösungen eingefordert. Das verpflichtende Tragen von Namensschildern konnte verhindert werden.

Arbeits-und Gesundheitsschutz wird konkret

Am 31. März 2008 wird von Randolf Stich vom IT-Management des LDI die Planungen zur Erstellung eines Druckerkonzepts für die Polizei RLP vorgestellt. Das hartnäckige und engagierte Einsetzen für das Thema durch Josef Schumacher hatte den Innenminister Karl Peter Bruch überzeugt, dass Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssen, um Schaden von den Mitarbeitenden durch Feinstäube abzuwenden. Die Firma „2homarketing“ hatte bei Pilotdienststellen die Situation vor Ort untersucht und eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung die Datenlage geschaffen.

Höhere Berufsfachschule

Am 4. August 2008 starteten 58 Bewerberinnen und Bewerber an den beiden Höheren Berufsfachschulen in Bad Kreuznach und Ludwigshafen ihre Ausbildung. Ein Jahr später wird es eine weitere Klasse in Lahnstein geben. Mit diesem neuen Bildungsweg können auch Realschülerinnen und Realschüler den Weg in die Polizei finden. Rückläufige Zahlen an Schülerinnen und Schülern und die Sorge vor einem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern hatten die Landesregierung zu diesem Schritt bewogen.

Veranstaltung zu Pandemievorsorge

Ende 2008 kamen die Fachausschüsse Bereitschaftspolizei, Schutzpolizei und die GdP-Kommission Arbeitsschutz in Neuss zusammen

Treffen der Polizeischülerinnen und -schüler Rheinland-Pfalz und Luxemburg am ehemaligen SS Sonderlager/KZ Hinzert im Kreis Trier Saarburg

Geschichte nicht vergessen!

Zu einem Austausch zwischen Luxemburger und Trierer Polizistinnen und Polizisten sowie den jeweiligen Senioren über die Geschichte des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert hatte die Bezirksgruppe und Seniorengruppe Trier Kolleginnen und Kollegen am 26. Juni 2007 eingeladen. Unter den damaligen Gästen befanden sich auch Gäste der Polizei Luxemburg und der dortigen Senioren:innen.

Gerade vor dem Hintergrund des damaligen Versuchs der Neonazis, in Gonzerath ein Schulungszentrum einzurichten, barg diese

Veranstaltung eine gewisse Aktualität. Josef Schumacher, Vorsitzender der Bezirksgruppe PP Trier, brachte in seinem Eingangsreferat dann auch dieses Thema auf den Punkt, indem er die Aussage des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten, Joachim Mertes, bei dessen Ansprache auf der Protestkundgebung in Gonzerath am 3. März 2007, wiederholte. „Wenn die Neonazis Schulungsbedarf haben, dann sollten sie sich die Geschichte dieses Schandfleckes Deutscher Geschichte in Hinzert einmal vermitteln lassen.“

und hörten sich einen Vortrag von Dr. Bittighofer aus Baden-Württemberg die möglichen verheerenden Auswirkungen einer Influenza-Pandemie in Deutschland an. Aus heutiger Sicht unverständlich, dass der Bereich Arbeitsschutz nicht viel mehr Einfluss in die politische Agenda gefunden hat. Das Land Baden-Württemberg verfügt über ein Handbuch Betriebliche Pandemieplanung.

10.000 Polizistinnen und Polizisten

Am 10. Dezember 2008 beschließt der Landesbeirat die Forderung nach 10.000 Polizistinnen und Polizisten.

Bachelor statt Fachhochschule

Im Mai 2009 startet der neue Bachelor-Studiengang, die GdP hat sich im Vorfeld im sogenannten Bologna-Prozess aktiv eingebracht. Die damaligen Module 5 (polizeiliche Kontrollen), 6 (Verkehrsunfallaufnahme), 9, 10 und 13 waren praktisch ausgerichtet und fanden im polizeilichen Einzeldienst bzw. der Bereitschaftspolizei statt.

Pilotprojekt Telearbeit

Zum 15. Oktober 2009 startet ein Pilotprojekt zur alternierenden Telearbeit bei der Polizei in operativen Bereichen mit insgesamt zehn Kolleginnen und Kollegen. Bis dahin gab es je Behörde Telearbeitsplätze im niedrigen einstelligen Bereich, oft im Bereich Tarif und die Skepsis und der Wille hierfür Geld in die Hand zu nehmen war schwach ausgeprägt. Mit dem Pilotprojekt kam frischer Wind in die Diskussion. Drei Telearbeitsplätze wurden im Wechselschichtdienst angeboten, einmal bei der PI Worms und einmal bei der PI Germersheim und einmal bei der PI Bernkastel-Kues. Das Fazit war trotz der eingeschränkten Abfragemöglichkeiten positiv und der überwiegende Teil der Projektteilnehmenden konnte dank des Telearbeitsplatzes die individuelle Arbeitszeit aufstocken. Bereits im Dezember trafen sich Landesvorstand und Landesfrauengruppe sowie die Projektleiterin Tina Horn bei dem Landesdatenschutzbeauftragten Edgar Wagner, um praxistaugliche Wege für den Datenschutz am Telearbeitsplatz zu finden.



Foto: BG Trier
Josef Schumacher am Rednerpult

Ein Blick in die Geschichte



Foto: BG Trier

Treffen Seniorengruppe BG Trier.

Die GdP hatte selbstverständlich auch in Gonzerath Flagge gezeigt, befürchtet aber, nachdem es der Gemeinde gelungen ist, durch Rückabwicklung des Kaufvertrages dieses Schulungszentrum zu verhindern, dass leider nur ein Verdrängungsprozess stattgefunden hat.

Josef Schumacher weiter: „Wenn man eine Veranstaltung unter dem Thema „Geschichte nicht vergessen“ durchführt, dann muss man auch als Mitglied der heutigen, demokratischen Polizei, deren Geschichte in der damaligen Zeit des Naziterrors betrachten.

Die Geschichte des Sonderlagers/KZ Hinzert wurde durch Herrn Georg Mertes, Mitglied des dortigen Fördervereins, den Teilnehmenden in eindrucksvoller Weise geschildert. Ein Gang durch die Gedenkstätte rundete das Bild, das sich dem Zuhörer geboten hat, ab. Betroffenheit bei den 20 Teilnehmern aus Luxemburg und Deutschland war deutlich zu verspüren. Auch der Besuch der Hinrichtungsstätten im Wald bei Hinzert hinterließ Spuren des Entsetzens und der Trauer.

Durch den Vorsitzenden der GdP Seniorengruppe, Egon Lichtmeß, ehemalige Leiter der Polizeiinspektion Schweich, sowie durch den ehemaligen Chef der Polizei in Wasserbillig, Theo Schaefer, wurde am Mahnmahl auf dem Gelände des Lagers zum Gedenken der Opfer ein Blumengebinde niedergelegt. Von Teilnehmern, die die Zeit der Gräueltaten noch als Kind miterlebt haben, wurden die damaligen Ereignisse geschildert. Trotzdem damals nicht alle Bürgerinnen und Bürger die Augen vor den Taten der SS-Schergen verschlossen haben und auf ihre Weise versucht haben, den Insassen des Lagers zu helfen (Äpfel rollten über die Straße; Brote lagen auf den Baumstümpfen), mussten alle Teilnehmenden einvernehmlich



Foto: BG Trier

1. Treffen Polizeischüler 2008

festhalten, dass die Geschichte des Grauens, auch des SS – Sonderlagers/KZ Hinzert, niemals vergessen werden darf.

Abschließend stellte Josef Schumacher fest: „Für alle Teilnehmer war es eine wichtige Veranstaltung; über 60 Jahre leben wir nunmehr in Frieden miteinander. Wir erleben heute „Freundschaft ohne Grenzen – aber wir dürfen die Geschichte nie vergessen.“

Während dieses gemeinsamen Besuchs der Gedenkstätte wurde dann die Idee geboren, dass ein Treffen im Lager Hinzert zwischen luxemburgischen und deutschen Polizeischülern eine geradezu ideale Gelegenheit bieten würde dessen Geschichte und Bedeutung näher zu bringen.

Unter der Überschrift: „Geschichte nicht vergessen!“ vereinbarten Vertreter der beiden Seniorengruppen bei der jeweiligen Landespolizeischule vorstellig zu werden, um für eine solche Veranstaltung zu werben.

Gilbert Linster, Commissaire en Chef, Ministère de la Justice – Inspection Générale de la Police sowie Josef Schumacher, wurden mit der Umsetzung beauftragt.

Gilbert Linster schlug seiner Dienststelle vor, wegen der besonderen Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger in Luxemburg, die Geschichte des Sonderlagers in das

Ausbildungsprogramm der Ecole de Police aufzunehmen.

Mit gleichem Anliegen wandte sich Josef Schumacher an den damaligen Leiter der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz, Herrn Weidmann, und verwies in seinem Antrag auf die besondere Bedeutung, die ein solches Treffen haben könnte und zu einer Sensibilisierung im Umgang mit Neonazis unserer jungen Einsatzkräfte führen könne.

Unsere gemeinsamen Bemühungen führten am 11. September 2008 zu einem ersten Treffen von Polizeischülern aus Luxemburg und Rheinland-Pfalz in Hinzert.

Rund 100 junge Polizistinnen und Polizisten aus Luxemburg und Rheinland-Pfalz, gerade erst in den Polizeidienst eingestellt, besuchten mit Ihren Dozenten das SS-Sonderlager/KZ Hinzert und wurden dort durch die ehrenamtlichen Helfer, hier insbesondere durch Herrn Georg Mertes, Mitglied des dortigen Fördervereins, in die Geschichte des Lagers eingeführt und über die dort begangenen Gräueltaten an jüdischen Mitmenschen und gefangenen Soldaten unterrichtet.

Von Mitgliedern beider Schulen wurden am Ehrenkreuz des Lagers Blumengebinde niedergelegt.

Josef Schumacher

Ein Blick in die Geschichte

2010 bis zur Gegenwart – Von Amok zu LebEL*



Foto: Steffi Loth

Helm, der bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen (LebEL) getragen wird

Am 24. März 2010 fand die Veranstaltung „Amok- und Gewaltereignisse an Schulen als gemeinsamer Fachkongress der Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) und GdP an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz statt. Die Amoktaten 2002 am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt, der Amoklauf 2006 eines 18-jährigen in der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten und 2009 der Albertville-Realschule in Winnenden und Wendlingen hatten diese Veranstaltung die Befassung mit dem Thema notwendig gemacht. Die Verfügbarkeit von Waffen wurde auch in den Medien stark diskutiert sowie die Frage, ob gewalthaltige Computerspiele mögliche Täter animieren.

Zwischen 1999 und 2009 hatten sich insgesamt elf solcher Taten ereignet. Die Veranstaltung sollte einen Beitrag leisten zur Verhinderung von Gewalt und Amokereignissen u.a. durch die Aufklärung darüber, was als Anhaltspunkt dazu dienen kann, potenzielle Amoktäter zu erkennen und wie solche Situationen gehandhabt werden können.

Welche Schlussfolgerungen wurden insgesamt gezogen? Die Polizei rüstete trainingstechnisch und ausstattungstechnisch auf. Einsatz- und Planungsunterlagen wurden erstellt und in Planbesprechungen erarbeitet, was neu und anders ist. Ein dreistufiges herausforderndes Einsatztraining und Übungen vermitteln das Praktische. Hatte doch besonders Erfurt gezeigt, dass bisherige Strategien wie Absperren und Spezialkräfte heranziehen aufgrund des zeitlichen Drucks nicht in Frage kommen. 520 ballistische Schutzdecken wurden auf Geheiß des damaligen Innenministers Karl Peter Bruch beschafft und werden in den Funkstreifenwagen des Wechselschichtdienstes mitgeführt. Später wurden ballistische Helme gekauft.

Zukunftsvision blieb leider die Mann-Ausstattung von Headsets für Funkgeräte, Bluetooth-Headsets für Mobiltelefone.

Weiter stand die Polizei Schulen beratend zur Seite, die Krisenpläne erarbeiteten und mancherorts auch neue Schließsysteme einbauen ließen. Die seit Jahren von der GdP erhobene Forderung auf ein zentrales Waffenregister wurde erneut durch die Hansestadt Hamburg angestoßen und im Jahr 2013 endlich umgesetzt. Die GdP hatte eine Blitzumfrage zu dem Thema „Wirkung von gewalthaltigen Computerspielen auf junge Menschen“ durchgeführt und kommt zu keinem eindeutigen Schluss. Vielmehr kommen mehrere Gründe in Betracht, tatsächliche oder gefühlte Kränkungen, fehlender sozialer Halt, fehlende Problemlösungsstrategien usw.



Aktion Wir brauchen Verstärkung, Design GdP

Auch 2010 nahm Bernd Becker den Personalrätepreis in Bronze für das behördliche Gesundheitsmanagement in der Polizei entgegen.

Gewalt gegen Polizeibeamte

Sabrina Kunz wurde 2010 zur Bundesjugendvorsitzenden gewählt, die erste weibliche Vorsitzende in der Geschichte der JUNGEN GRUPPE (GdP). Die JUNGE GRUPPE (GdP) entwickelte mit ihr die Idee für die Anti-Gewalt-Kampagne „Auch Mensch“, die bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren hat.

Der Bundesvorsitzende der GdP Oliver Malchow übergibt auf der Frühjahrs-Innenministerkonferenz 2013 eine Petition zur Einführung eines Straftatbestandes zur Ahndung tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte. 2017 wird der § 114 in das StGB eingeführt.

Optimierung

Im Optimierungsprozess 2012 hat die sogenannte AG 6 festgestellt, dass die Polizei in den letzten 10 Jahren zusätzliche Aufgaben im Gegenwert von 1000 VZÄ übernommen hat. Zum Teil werden diese Aufgaben im Nebenamt wahrgenommen, zum Teil aber auch durch Vollzeitstellen wie z.B. beim LKA, Abteilung 6 des MdI und der ZPT durch den 11. September 2001 bedingt, dem NSU-Prozess, dem Digitalfunk etc.

Unentdeckter Nationalistischer Untergrund

Der NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben beginnt im Mai 2013 und wird mehrere Jahre andauern. Zschäpe werden über 30 Straftaten vorgeworfen, nicht klar ist ob sie Haupttäterin, Mittäterin war oder Beihilfe leistete zu der Mordserie, der auch eine Polizistin zum Opfer fiel. Der Polizei werden hierbei von den Nebenklägern einseitige und vorurteilsbehaftete Ermittlungen vorgeworfen.

Runder Tisch

Ein Beschluss der Politik, die Stellen bei der Polizei auf 9014 zu kürzen sorgte für Verärgerung und schwierige Stimmungen. Der DGB initiierte einen Runden Tisch, um ins Gespräch zu kommen.

* Lebensbedrohliche Einsatzlagen

Ein Blick in die Geschichte



Foto: Steffi Loth

Die Politik wirbt mit ihrer Polizei und für Verständnis für die Polizei mit der Aktion #immerda. Der Innenminister Roger Lewentz, Tobias Hartmann und der Inspekteur der Polizei Jürgen Schmitt (vo.li.n.re.) beim Bekleben eines Funkstreifenwagens in Mainz-Hechtsheim.

Dieser Runde Tisch im Oktober 2012 brachte eine Einigung über sehr grundsätzliche Fragen. Zentral war die Diskussion um die Einstellungszahlen. Ergebnis war, die Zahlen von 2013 bis 2016 auf zunächst mindestens 400 zu erhöhen. Bei den Tarifbeschäftigten soll ein Programm durch jeweils 20 Einstellungen in den Jahren 2013 und 2014 Entlastung bringen.

Zentrale Notrufannahme

Unterstützend soll ein modernes IT-gestütztes Notruf- und Einsatzleitsystem dafür sorgen, dass nicht mehr auf jeder PI dezentral Notrufe angenommen werden, sondern an einer zentralen Stelle in einem Polizeipräsidium, das PP Mainz macht den Anfang.

Jede Polizistin und jeder Polizist hat eine Nummer

Im November 2012 lehnt der Hauptpersonalrat die Einführung der Kennzeichnungspflicht ab. Das der Polizei hierbei entgegengebrachte Misstrauen und die fehlende Datenbasis, warum man eine solche Kennzeichnungspflicht brauche, führten zu verhärteten Fronten. Die Einigungsstelle, unter Vorsitz eines Verwaltungsrichters, votierte gegen die Einführung. Auch hier erkannte man keine sachlichen Gründe, die den Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Beamtinnen und Beamten rechtfertigen. Jedoch überstimmte der Minister diese



Foto: Mdi

Wertschätzung für Einsatz- und Rettungskräfte, Sabrina Kunz und Jürgen Schmitt eröffnen #immerda-Kampagne



Foto: Steffi Loth

Foto Ernst mit KSA Uniform



Foto: GdP Bund

Mentoring Barbara Huwer + Josef Schumacher

Entscheidung per Letztentscheid und führte die Kennzeichnungspflicht gegen den erklärten Willen der GdP ein.

Besoldungsdiktat

Am 1. Oktober 2013 steht die GdP mit ihrer Kundgebung auf dem Mainzer Ernst-Ludwig-Platz um gegen die fünfmal 1% zu demonstrieren. Das Besoldungsdiktat wird scharf kritisiert.

Frauen für Gewerkschaftsarbeit begeistern

Das Mentoring-Projekt der Bundesfrauengruppe startet 2012, Frauen sollen ermutigt werden, sich an Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Ein rheinland-pfälzisches Tandem ist auch darunter mit Josef Schumacher und Barbara Huwer.

Standortschließung

2014 wird der Standort der Bereitschaftspolizei Schifferstadt aufgelöst. Die GdP setzte sich dafür ein, dass Auswirkungen beispielsweise für die Angestellten erträglich blieben, sie wurden in Enkenbach-Alsenborn mit offenen Armen aufgenommen. So wurde im Oktober dann auch die Kreisgruppe BePo Schifferstadt aufgelöst und mit der ehemaligen Kreisgruppe Enkenbach zur neuen Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Enkenbach-Alsenborn unter dem Vorsitz von Manfred Groß (2020 verstorben) zusammengeführt.



Foto: Archiv der GdP RLP

Protest gegen die Schließung des Standortes Schifferstadt

Ein Blick in die Geschichte



Foto: Mdl

Werner Blatt, Karl Peter Bruch, Jürgen Schmitt und Roger Lewentz (vo.li.n.re.) bei der Amtsübergabe

Beauftragter der Landespolizei

Mit Dieter Burgard hat die Polizei Rheinland-Pfalz ihren ersten Polizeibeauftragten. Mit dem Amt des Bürgerbeauftragten war er bereits seit 2010 befasst, im Jahr 2014 wurde das Landesgesetz zum Bürgerbeauftragten erweitert und um die Polizei ergänzt. Die GdP hatte sich dafür eingesetzt, dass es anstatt einer Beschwerdestelle über die Polizei eine unabhängige Stelle gibt, an die sich sowohl Bürger:innen hinwenden können aber auch Beschäftigte der Polizei selbst. Ihm in das Amt nachgefolgt ist 2018 Barbara Schleicher-Rothmund.

Mitte des Jahres 2015 wechselt die Führung der Polizei von Werner Blatt auf Jürgen Schmitt. 47 Jahre war Blatt bei der Polizei und davon 15 als Inspekteur der Polizei tätig.

Flüchtlingsentwicklung 2015

Die Aufnahme von Flüchtlingen wirkt sich auch in Rheinland-Pfalz aus. Die Einrichtungen zur Erstaufnahme gibt es in Trier und Ingelheim mit übers ganze Land verteilten Außenstellen. Ein landesweites Raumschutzkonzept verbraucht einiges an Personal. Es scheint als bringe diese Aufgabe der Polizei die nötige Aufmerksamkeit. So ist geplant, nicht nur im Jahr 2016 sondern auch darüber hinaus 500 Einstellungen zu gewährleisten.

Nachwuchsprobleme

2015 macht die GdP mit der Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ auf Personalmangel aufmerksam. Gründe hierfür sind die Sparpolitik und eine generelle Überalterung der Gesellschaft.

Belastungen des Wechselschichtdienstes

Das GdP-Forum Gesundheit mit der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und mit den Polizeisprechern aus den drei Landtagsfraktionen, dem Abteilungsleiter und den Behördenleitern erbrachte den gut begründeten Vorschlag der Faktorisierung besonders belastender Arbeitszeiten. Sowohl Dr. Bernd Bürger aus Bayern als auch Dr. Wurster, leitender Polizeiarzt aus Baden-Württemberg kamen vor den fast 150 Gästen zu dem Schluss, dass der Wechselschichtdienst mit seinen unregelmäßigen Arbeitszeiten eine gravierende Gesundheitsbelastung darstellt. Das Modell Baden-Württemberg stützt sich auf eine Betriebsmedizin, die durch Polizeiarzte dargestellt wird.

Erhöhung Verpflegungszuschuß

Die Steigerung des Verpflegungssatzes um 25 % (dann 6,96 €) ab dem 01.02.2019 hatte die GdP lange gefordert. Lange Jahre war



Foto: GdP

GdP-Forum Gesundheit: Sabrina Kunz führt durch die Podiumsdiskussion mit den teilnehmenden Experten und Polizeisprechern der Landtagsfraktionen. Von rechts nach links: Dr. Werner Wurster, Leitender Polizeiarzt BaWü; Dr. Bernd Bürger, Arbeitswissenschaftler und Polizeioberarzt aus Bayern; Matthias Lammert (CDU), Katharina Raue (Grüne); Wolfgang Schwarz (SPD), Jürgen Süs (Mdl), Bernd Feuerpeil, Betriebsratsvorsitzender bei ALERIS Koblenz; Ernst Scharbach.



Foto: Archiv GdP RLP

Polizeibeauftragter Dieter Burgard mittig zw. Bernd Becker und Jennifer Otto



Foto: Steffi Loth

Inhalt eines „klassischen“ Mainzer Lunchbeutels

dieser Betrag nicht angepasst worden, was aufgrund der natürlich immer weiter steigenden Kosten bei den Einkäufen (Naturalkosten) dazu führte, dass sich die rheinland-pfälzische Polizei im Vergleich der Bundesländer ganz hinten in der Tabelle wiederfand.

Neue Arbeitszeitmodelle

Zum 1. Januar 2019 traten die Vorschriften zu GAP in Kraft. In einem Projekt hatte die Arbeitsgruppe GAP den rheinland-pfälzischen Weg zur Umsetzung der EU-Arbeitszeitvorschriften (EU-Richtlinie 2003/88) erarbeitet. Die GdP hatte schon 2013 betont, dass die Umsetzung nur mit einem Mehr von mindestens 500 Kolleg:innen im WSD umsetzbar sei. Immerhin werden die Rüstzeiten anerkannt und der Zusatzurlaub erhöht. Trotzdem war die Umstellung mit viel Frust und Ärger verbunden, im positiven Sinne eingefahrene Schichtsysteme mussten aufgegeben werden.

Corona

Jede und jeden dürfte Corona vor zahlreiche individuelle Herausforderungen gestellt haben. Die GdP hat sich in dieser Zeit massiv für den Arbeits- und Gesundheitsschutz eingesetzt. Von der Idee mit den alten hellblauen Hemden Masken zu nähen, über Organisation von Desinfektionsmittel bis hin zur Unterstützung bei der Anregung

Ein Blick in die Geschichte



Videokonferenz der GdP mit Prof. Dr. Plachter, Virologe von der Universität Mainz zu Themen des Infektionsschutzes.

zur Beschaffung von Trennwänden hat der Arbeitsschutz wohl eine noch nie dagewesene Bedeutung erlangt. Wir haben in zahlreichen Mitgliederbriefen informiert und individuell beraten, Begehungen von Dienststellen gemacht und unsere Ideen bei der geschätzten polizeieigenen Impfung vorgetragen.

Wertekampagne

Mit der Aktion 100 % Einsatz für 100% Einsatz wirbt die GdP für die konsequente Umsetzung von notwendigen Verbesserungen für die Polizei und übergibt das Forderungspapier an die Staatssekretärin Nicole Steingaß.

Flutkatastrophe

Kurz vor Redaktionsschluß dieser Broschüre ereignete sich im Ahrtal und der Region Trier eine Unwetterkatastrophe, die Tod, Zerstörung und Hilflosigkeit nach sich zog. Das Tief „Bernd“ hatte in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 in einer Länge von ca. 100km entlang der Ahr und kleinerer Flüsse alles weggerissen, was sich ihm in den Weg stellte: Brücken, Mauern, Häuser, Fahrzeuge und eine unbegreifliche Verwüstung hinterlassen. 80 Kolleginnen und Kollegen waren selbst betroffen, in unterschiedlichsten Ausprägungen, ernsthaft verletzt wurde von ihnen zum Glück niemand.



Sabrina Kunz und Kai Süßenbach betrachten das Ausmaß der Zerstörung im Einsatz



Vieles ist nicht mehr dort, wo es einmal war

Einige Stunden nach Sonnenaufgang trafen die ersten Hilfsangebote bei der Bezirksgruppe Koblenz ein. Der Vorsitzende Sascha Büch organisierte aus dem Stand per Whatsapp ein Helfernetzwerk das ganz praktisch vor Ort wirkte. Das Ausmaß, auch in der allgemeinen Bevölkerung von Hilfe und Hilfsbereitschaft war beeindruckend und ist es noch.

Auch der GdP hat diese Katastrophe mal wieder eindringlich gezeigt, wie gut es ist, wenn man sich auf Kolleginnen und Kollegen verlassen kann.

GdP, gut, dass es sie gibt.



#100für100 überall präsent

Ein Blick in die Geschichte

Aus der DP Januar 2014: Achtung Glosse

Vorsätzlich den Polizeidienst vermiesen

Gelegentlich meldet sich GdP-Landes-Vize Heinz Werner Gabler zu Wort, um sich in DEUTSCHE POLIZEI den Frust von der Seele zu schreiben. Du hast das Wort, Heinz Werner:

Dass alle berechtigten Forderungen nach besserer Besoldung, mehr Beförderungen, besseren Bedingungen für den Wechselschichtdienst mit dem Totschlagargument Schuldenbremse abgeschmettert werden, ist schon schlimm genug. Dass uns der Dienst aber auch ansonsten zunehmend vermiesen wird, ist vollkommen unnötig.

Beispiel Regress

Zunehmend ist festzustellen, dass jegliches Fehlverhalten im Straßenverkehr oder bei der Nutzung von Dienstfahrzeugen zu Regressnahmen führt. Alles ist plötzlich grob fahrlässig.

Man muss sich mittlerweile fragen, ob es nicht fahrlässig ist, überhaupt in den Dienst zu kommen. Grob fahrlässig ist es mittlerweile, sich in ein Dienstfahrzeug zu setzen, vorsätzlich ist es dann, dieses Fahrzeug zu starten und damit zu fahren.

Ganz grober Vorsatz ist es dann, unter Inanspruchnahme von Sonderrechten loszufahren, um Menschen in Notlagen zu helfen.

Ob wir künftig noch Fahrerinnen und Fahrer finden?

Die derzeitigen Regress-Exzesse lassen Schlimmes befürchten.

Beispiel Kennzeichnungspflicht

Die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt zu. Wir werden beleidigt, bespuckt, geschlagen, getreten und verletzt. Zum Dank dafür werden wir nun nummeriert. In Ziffern gegossenes Misstrauen der Politik gegenüber der immer in Sonntagsreden gelobten Polizei. Nicht nur alle Personalräte; Selbst die Einigungsstelle, immerhin unter Vorsitz eines Verwaltungsrichters, hatte die Kennzeichnungspflicht mit dem Hinweis abgelehnt, dass keine sachlichen Gründe vorliegen, die einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Beamtinnen und Beamten rechtfertigen.

Fahrlässig ist es, nicht zu erkennen, dass hier das Selbstverständnis der Polizei mit



GdP-Ex-Landes-Vize Heinz Werner Gabler

Füßen getreten wird. Grob fahrlässig ist es, sich alleine wegen eines symbolpolitischen Signals an die Grüne Galerie über den Spruch der Einigungsstelle hinwegzusetzen. Vorsatz ist es, für diesen Humbug dann auch noch 50.000 € rauszuschmeißen, die wir für Beförderungen und Erschwernissituationen dringend benötigen würden.

Der Dienstherr schickt uns in gefährliche Einsätze. Schon heute landen die Kolleginnen und Kollegen großformatig im weltweiten Netz, wenn sie unmittelbaren Zwang anwenden, um politischen Unsinn durchzusetzen (Castortransporte/Stuttgart 21 usw.) oder Gefahren von ihren Mitmenschen abwehren (Links-Rechts-Demo/Fußball/Rocker/Massenschlägereien in Kneipenvierteln). Zukünftig noch dazu mit individueller Nummer. Der Klarname ist dann übrigens sehr leicht festzustellen: Anzeige erstatten (auch wenn sie noch so unsinnig ist), Akteneinsicht beantragen.



Verunfallter VW Passat.

Fertig: „Ich weiß, wo Du und Deine Kinder wohnen“.

Bürgerpolizei verstehe ich anders

Wir sind in der Bevölkerung unseres überwiegend ländlich strukturierten Bundeslandes tief verankert. Unsere Arbeit wird von der Gemeinschaft rechtstreuer Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen geschätzt wie formlos „kontrolliert“. Als Bürgerpolizei können wir von unserem Dienstherrn verlangen, so behandelt zu werden, wie die Bürgerinnen und Bürger uns behandeln würden.

Aus der Ecke, in die er nicht hingehört, grüßt unverdrossen ...

Heinz Werner Gabler

Eine rückblickende Bewertung

Highlights

Die Highlights der letzten Jahrzehnte? Das ergäbe wohl ein mittelschweres Buch. Bis heute prägend ist die von Hermann Lutz eingeleitete und mit Freunden durchgesetzte Reform der polizeilichen Ausbildung: Weg vom Militarismus hin zur Bürgerpolizei.

1987 wurden die ersten Frauen in den Polizeidienst eingestellt, eine zaghafte, übrigens von der PDB (Vorgänger DPoIG) nicht goutierte Entwicklung, unter der CDU-Regierung. 1990 versuchte die CDU im Landtagswahlkampf, mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die KriPo – und nur für die – noch zu punkten. Aber es kam anders. Innenminister Walter Zuber (SPD) setzte parlamentarisch die zweigeteilte Laufbahn für alle durch. Holprig und lang war der Weg mit Verwendungslehrgang und Bewährungsaufstieg, bis er heute in der Hochschule der Polizei auf dem Hahn sein vorläufiges Ziel erreichte.

Apropos Hahn: Erinnert sei an Joachim Mertes und Karl Peter Bruch, die von Seiten der SPD-Fraktion den Umzug der Ausbildung vom geliebten Asterstein auf den Hahn einleitenden. Ich erinnere mich an die ersten Besuche dort mit beiden und Helmut Conradt in den verlassenem Liegenschaften der Amis. Es war geradezu unvorstellbar, wie das etwas werden sollte. Aber Uli Pett u.v.a.m. machten das Unvorstellbare zur Wirklichkeit.

Die Studie „Polizei und Fremde“ aus 1991 erschütterte den Sozialdemokraten Walter Zuber. In Zusammenarbeit mit der GdP wurden Strategien diskutiert, wie auf die Befunde zu reagieren sei. Zuber gründete die Kommission Innere Führung, die unter Franz Kirchberger mit vielen AG's und Reformansätzen ihre kreative Hochphase erlebte.

1993, bereits zwei Jahre nach Regierungsübernahme durch die SPD, wurde die Organisation der Polizei grundlegend reformiert. Raus aus der zersplitterten Organisation mit Ämtern, Direktionen, Präsidien, Kreisverwaltungen hin zu fünf Präsidien. Ein Kraftakt ohne gleichen. Ludwig Traub (IdP) erhielt die Auszeichnung Ehrenmitglied der GdP für diese Mammutleistung, begleitet von Heinz Hebel (HPRP), Helmut Conradt und Thomas Will (GdP).

Leider führte die Herauslösung der Polizei aus der Kommunalverwaltung auch zum Kappen der vielen, guten Kontakte zu den



Foto: Maragrethe Relet

Ernst Scharbach macht auf der Demo am 12.03.2015 die Lage klar

Kommunen. Die Vorschläge von Bernd Becker (GdP) zur Einführung von Polizeibeiräten verlief leider im Sande. Bis heute wird dieses Manko vielerorten beklagt.

Ebenfalls ein Meilenstein der Entwicklung: Kurt Beck (SPD) und Hans Hermann Dieckvoß (FDP) schrieben das modernste Personalvertretungsgesetz der Bundesrepublik. Der Klage der CDU gegen das Gesetz fielen einige fortschrittliche Regelungen zum Opfer, trotzdem blieb es ein riesengroßer Fortschritt.

Mächtigen Druck in das Verhältnis zur Regierung kam Ende der 90er Jahre mit den Aktionen der GdP gegen den Personalmangel (Aktion Pappkameraden) und dem Kampf gegen die Überalterung (Verleihung des goldenen Krückstocks an die Kollegen der PI Lauterecken). Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) rechnete uns vor, dass die Bevölkerung in RLP von 4 Mio. auf 3,6 Mio. sinken werde. Deswegen brauche es 10 % weniger öffentlichen Dienst, weniger Lehrerinnen und Lehrer, weniger Polizistinnen und Polizisten. Die Geschichte beweist, dass die GdP die Prognosen zu Recht anzweifelte. Heute wohnen hier mit 4,1 Mio. hunderttausend Menschen mehr...

Es wurde als Racheaktion empfunden, dass die Regierung unter Kurt Beck Knall auf Fall die Pensionsgrenze von 60 auf 65 an hob.

Angeblich sollten alle anderen Länder diesem Beispiel folgen. Auch das trat nicht ein.

Zankapfel blieb die Personalstärke. Die GdP forderte die Berechnung nach Vollzeit-Äquivalenten, die Regierung zählte weitere Köpfe, obwohl die Zahl der Teilzeitbeschäftigten kontinuierlich anstieg. Nach der Übernahme des Amtes durch Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und unter entscheidender Hilfe von Dietmar Muscheid (DGB) kam es zum so genannten Runden Tisch im Jahr 2012.

Die GdP konnte überzeugend nachweisen, dass die Berechnungen des Innenministeriums nicht korrekt waren. Heinz Werner Gabler hatte die richtigen Zahlen. 2013 kam er zu einer Vereinbarung über die künftigen Einstellungszahlen und ihre Art der Berechnung. Anerkendend ist zu vermerken, dass die Regierung bis heute mit Innenminister Roger Lewentz die Vereinbarung eingehalten hat. Kaum vorstellbar was heute los wäre, wenn die Personalpläne 2013 nicht verändert worden wären.

Mein Fazit: Eine großartige Zeit mit viel mehr Höhen als Tiefen: Gewerkschaft lohnt sich! Gut, dass es sie gibt. Gewerkschaft der Polizei!

Ernst Scharbach

Gesundheit

Gesunde Polizei – gute Polizei

„Gesundheit ist ein Zustand völligen psychischen, physischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen.“ So definiert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Gesundheit und stellt darüber hinaus fest: „Sich des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu erfreuen ist ein Grundrecht jedes Menschen.“ Und die Staatengemeinschaft nimmt die Regierungen dieser Welt in die Pflicht, „ihrer Verantwortung für die Gesundheit ihrer Völker durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens nachzukommen“. Wer diese Postulate – insbesondere den Zusammenhang zum „sozialen“ Wohlergehen – verinnerlicht hat, braucht eigentlich keine europäische und nationale Gesetzgebung mehr. Wer mit diesem Ideal „infiziert“ ist, wird sich künftig mit Vehemenz für die Gesundheit der Menschen einsetzen.

Der Blick zurück im Zeitraffer

Diese „Infektion mit dem Gesundheits-Ideal“ ist zur Jahrtausendwende in der GdP Rheinland-Pfalz angekommen. In einer bundesweiten Umfrage haben damals die Mitglieder der GdP ins Stammbuch geschrieben, gefälligst für gesunde Arbeitsbedingungen zu sorgen. Plötzlich stand das Thema Arbeitsschutz im Mittelpunkt und



Foto: Hagen Immel

Bernd Becker beim Bundeskongress 2018.

der damalige Vorsitzende Ernst Scharbach bestand darauf, dass das auch in Rheinland-Pfalz Wirkung zeigen müsste. Heinz Werner Gabler und Bernd Becker besuchten eine Arbeitsschutzveranstaltung bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA) in Dortmund und begannen zu ahnen, welch weites Aufgabenfeld sich auftrat.

Erste Veranstaltungen mit Dr. Egmont Baumann etablierten das Gesundheitsthema in der RP-Polizei. Dr. Baumann wurde auch von einigen Präsidien eingeladen, die sich auf den Gesundheits-Weg machen wollten. Die GdP hat seither über 50 Personalratsbeschulungen, Gesundheitsseminare und Seminare für Führungskräfte durchgeführt.



Foto: GdP RLP

Eine GdP-Delegation holt sich Anregungen beim Institut für Lehrer*innen-Gesundheit an der Universität Mainz. 5. v.l.: Professor Dr. med. Stephan Letzel, Direktor des Instituts.



Kanutour

Ein Fachausschuss für Gesundheit und Arbeitsschutz wurde etabliert, in dem sich Josef Schumacher, Uwe Kassler und Ewald Scheuer verdient gemacht haben, sowie der Schulterchluss mit Verbündeten im DGB, bei der Unfallkasse Rheinland-Pfalz, im Beirat für Arbeitsschutz und im Arbeitsministerium sowie die Kontaktaufnahme zur LZG – Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – brachte spürbare Fortschritte. Unvergessen bleibt ein Workshop zum Thema „Gesundes Führen“ unter Leitung der Buchautorin Anne Katrin Mattyssek mit allen Behördenleitern sowie dem Leiter der Polizeiabteilung und allen Referatsleitern bei der Unfallkasse in Andernach.

Themen, wie der Spuckschutz, der CO₂-Warner, die Ausstattung der Pkw-Fu und FuStw, das Oberschenkelholster, die Büroausstattung, die Beleuchtung oder auch die Einführung von Arbeitsschutzkleidung für die Kriminalpolizei und Fragen der aktiven und passiven Bewaffnung haben mit den Jahren einen deutlich höheren Stellenwert bekommen; darunter auch die Frage: Wie muss eine gesundheitsförderliche EDV-Ausstattung beschaffen sein?

Die GdP setzte auch mit eigenen Formaten zur Gesundheitsförderung Zeichen, darunter die Teilnahme an Firmenläufen, Obstkörbe zu Weihnachten oder Veranstaltungen unter den Überschriften „GdP-Gourmet“ oder „GdP-vital“. Zwölf Mal hat die GdP zu Kanutouren auf deutschen und europäischen Flüssen eingeladen.

Im Jahr 2006 wurden Meilensteine der Gesundheitsförderung gesetzt. Die Gesundheitsförderung – damals sprach man noch nicht von „Gesundheitsmanagement“ – war eines der Hauptthemen des Landesdelegiertentages der GdP und das „Rahmenkonzept Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung“ erblickte das Licht der Welt, was die Überzeugungsarbeit von GdP und Hauptpersonalrat im Innenministerium etwas erleichterte.

Es ist heute immer noch viel zu tun, aber die Aufzählung des Erreichten löst auch Zufriedenheit aus: Einstellung einer Gesundheitswirtin, Einrichtung eines Referates im Mdl, Re-Sourcing der Betriebsmedizin, Stellenwert der Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Ausbau der Sozialbera-



Foto: GdP RLP

Verena Schäfer, geb. Horn.

tung und schließlich Gründung der Zentralstelle für Gesundheitsmanagement als Abteilung des PP ELT, auch wenn wir diese mit deutlich stärkerem Forschungsaspekt lieber als Institut an der Hochschule der Polizei gesehen hätten.

Verhältnis- oder Verhaltensprävention

Egal ob im Öffentlichen Dienst oder in der Wirtschaft, die Arbeitgeberseite hat oft andere Vorstellungen von einem Betrieblichen Gesundheitsmanagement als die Arbeitnehmerseite. So ist das auch in der RP-Polizei. Während im Mdl und in den Behörden Aspekte der „Verhaltensprävention“ im Vordergrund stehen, haben wir als GdP und Personalräte stets vorrangig die „Verhältnisprävention“ im Blick. Einfach ausgedrückt: Der Dienstherr will Angebote machen, mit denen seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzt werden, ihre Leistung zu erhöhen und die physische und psychische Widerstandskraft (Resilienz) zu stärken. Um es an der Stelle zu betonen: Das ist gut so und die BGM-Beauftragten der Behörden haben

Unternehmensberaterin Gisela von Delden in einem GdP-Seminar für Führungskräfte:
„Arbeit muss verstehbar, machbar und sinnvoll sein. Insbesondere für gesundheitlich eingeschränkte Kolleginnen und Kollegen.“



GdP-FORUM Gesundheit 2015: Ministerpräsidentin Malu Dreyer spricht ein Grußwort. Zentrale Forderung aus dieser Veranstaltung mit u.a. Dr. Bernd Bürger: Faktorisierung der Arbeitszeit zu belastenden Zeiten.

an dieser Stelle auch über die Jahre viel entwickelt und erreicht. Aber niemand darf es uns als Gewerkschafter übelnehmen, dass wir hauptsächlich die Arbeitsbedingungen – die Verhältnisse – im Blick haben. Neben den technischen Arbeitsbedingungen sind das die beiden großen Themen Personalstärke und Arbeitszeit. An keiner Stelle sind die unterschiedlichen Ansätze in den zurückliegenden Jahren deutlicher geworden, wie beim Thema Wechselschichtdienst. Die Verkürzung der Arbeitszeiten und ein angemessener Personaleinsatz, das sind die nachhaltigen Bedingungen unter denen künftige Polizeigenerationen ohne arbeitsbedingte Gesundheitsschäden bis zur Ruhestandsversetzung durchhalten können. Dass sich jeder in gute Arbeitsbedingungen investierte Cent lohnt, gilt auch für die (längst überfällige) Freie Heilfürsorge, eingebettet in das Behördliche Gesundheitsmanagement.

Noch viel zu tun

Beispielhaft sollen an der Stelle einige weitere „Baustellen“ genannt werden, an denen noch viel Arbeit wartet: Gute Führung und Zusammenarbeit (Den Menschen sehen); Zielvereinbarungs- und Steuerungsmodelle, die nicht bevormunden; Vorsorgekuren in der Heilfürsorge, Betriebs- und Arbeitsmedizin ausbauen und eigene Heilfürsorge-Praxis an der HdP; Ausbau der Sozialberatung; Fürsorge nach Dienstunfällen; Handlungssicherheit durch gute Aus- und Fortbildung, Wertschätzung durch gute Ausstattung und Gebäude, Auflösung der Gratifikationskrise (Tarif, Zulagen pp.), Gesundheits- und Präventionssport, Gesundheitsschichten.

Es ist Aufgabe des aktuellen Landesvorstands – allen voran der Kollegin Verena Schäfer, geb. Horn – das Thema Gesund-

heit weiter nach vorne zu bringen und zwar gleichermaßen für alle Organisationseinheiten der Polizei. Nach wie vor gilt die Forderung nach einem „obersten Gesundheitsschützer“.

Bernd Becker

2017 - Neuorganisation der Polizei Rheinland-Pfalz - PP ELT

...ein riesiger Kraftakt war das schon!

2017 wurde nach einer kurzen Projektierung die größte Organisationsreform der letzten Jahre in der rheinland-pfälzischen Polizei implementiert. Gesetze und Verordnungen mussten geändert und mannigfache Organisationsformen beschrieben werden. Teilweise wurden auch die Aufgaben- und Ablaufstrukturen neu definiert. Elf Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen wurden auf acht Polizeibehörden reduziert.

Mit der Bereitschaftspolizei, der Wasserschutzpolizei und der Zentralstelle für Polizeitechnik wurden zwei Polizeieinrichtungen und eine Polizeibehörde im neu gegründeten Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik (PP ELT) vereint. Gleichzeitig wurde die Landespolizeischule in die Hochschule der Polizei integriert. Innenminister Roger Lewentz übertrug die Leitung des neuen und landesweit zuständigen PP ELT an Christoph Semmelrogge. Philipp Römer wurde zum Polizeivizepräsidenten der Behörde ernannt.

Am 1. Oktober 2017 wurde das PP ELT in Dienst gestellt und übernahm seine Aufgaben im Polizeigefüge. 1750 Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter starten in der neuen Behörde mit ihrer Arbeit, mittlerweile sind rund 1800 Beschäftigte dort tätig. Ängste und unterschiedliche Sichtweisen der Beschäftigten zu individuellen Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven im Projekt- und Umsetzungsprozess des PP ELT und persönliche Lebenssituationen Einzelner mussten bei dieser gewaltigen Organisationsänderung Berücksichtigung finden. Die notwendigen Personalmaßnahmen mussten in einem aufwendigen Stellenausschreibungs- und Besetzungsverfahren durch Vertreterinnen und Vertreter aus dem Innenministerium, den drei beteiligten Dienststellen (BP, WSP und ZPT), dem Hauptpersonalrat Polizei, dem Übergangspersonalrat (bestehend aus den in den Dienststellen BP, WSP und ZPT gebildeten Personalräten), den Schwerbehindertenvertretungen und Gleichstellungsbeauftragten der BP, WSP und ZPT vorbereitet und umgesetzt werden. Schwierige Personaldetails waren dabei zu klären.

Entscheidungen führten auch zu Unzufriedenheiten bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jede Personalentscheidung



Foto: GdP RLP

Helmut Knerr

wurde auch zu einem Plus oder Minus für die Menschen, die bisher in den Dienststellen – Bereitschaftspolizei, Wasserschutzpolizei und Zentralstelle für Polizeitechnik arbeiteten. Berücksichtigung der individuellen Sichtweisen und Erwartungen waren oftmals nicht möglich und deshalb waren diese Entscheidungsfindungen eine der schwierigsten Stationen im Umsetzungsprozess.

Helmut Knerr

70 Jahre Kriminalpolizei

Die GdP Rheinland-Pfalz: Eine Gewerkschaft für die gesamte Polizei

Von der Gendarmerie zur „Marke“ Kriminalpolizei

„Bernd, Du musst für unsere Broschüre was zur Kriminalpolizei schreiben.“ Das war die klare Ansage meiner Nachfolgerin in der Funktion der Landesredakteurin, Steffi Loth. Mir wurde bewusst, dass ich von diesen 70 Jahren 45 Jahre selbst miterlebt habe, was liegt also näher, als das Thema aus autobiografischem Blickwinkel anzugehen.

Im Januar 1977 stand – nach Absolvierung der Grund- und der weiteren fachlichen Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei – meine Versetzung in den Einzeldienst an. Entgegen der Erwartung, in Koblenz oder Mainz zu landen, fand sich der 19jährige Polizeioberwachtmeister Bernd Becker dort wieder, wo er drei Jahre zuvor noch die Realschule besucht hatte: In Wissen an der Sieg bei der dortigen Schutzpolizeiinspektion (SPI), einer von drei SPIen der Vollzugspolizei des Kreises Altenkirchen. Mit mir wurden weitere vier Kollegen zur SPI Wissen versetzt, womit eine Gesamtstärke von 24 Vollzeitstellen im Wechselschichtdienst erreicht wurde. Die Zahl 24 spielt im Kontext Wechselschichtdienst ja heute noch eine eher unrühmliche Rolle. Aber das ist ein anderes Thema, hier soll es ja um die Kriminalpolizei gehen.

Aus der Gendarmerie wurden Schutz- und Kriminalpolizei

Die gab es im nördlichen Rheinland-Pfalz in der Fläche seit 1971. Anfang der 70er Jahre wurden die Gendarmerieposten

auf den Dörfern und weitgehend auch kommunale Polizeien aufgelöst und zu Gendarmeriekommandos, den Vorläufern der späteren SPIen zusammengefasst. Gleichzeitig wurden regionale Kriminalkommissariate (KK) gegründet, die recht niedrigschwellig für die Bearbeitung kleiner und mittlerer bis schwerer Kriminalität zuständig waren. Ein solches gab es, neben Betzdorf und Altenkirchen, auch in Wissen. Über Strecken nur mit zwei Leuten besetzt, aber als eigenständige Dienststelle der Vollzugspolizei des Kreises Altenkirchen. Bei der zeitweisen Unterstützung der K-Kollegen hatte ich den ersten Kontakt zum heutigen LKA-Präsidenten Johannes Kunz, der als Erstverwendung nach dem Fachlehrgang II Leiter des KK Wissen wurde. Eine gute Entscheidung.

In der Praxis stellte sich das so dar, dass die Wache der SPI zwei „Ausgangskörbchen“ hatte, eines für die eigene Dienststelle und eines für das Kriminalkommissariat im Hause. Die eigene Dienststellenleitung hatte – so der Eindruck – wenig Interesse an den Anzeigen, den Berichten und Befunden, die der Wechselschichtdienst direkt zur Kriminalpolizei leitete. Und doch gab es einen sehr guten Kontakt und Zusammenhalt zwischen „S“ und „K“, der bei Frühstück und Frühbesprechung intensiv gepflegt wurde. So war es wohl auch logisch, dass ich 1979 – nachdem ich den Fachlehrgang I absolviert hatte – von den Kollegen des KK und nicht von den eigenen Vorgesetzten angesprochen wurde, ob ich Interesse am Dienstzweigwechsel hätte.

Überörtlich zuständige Kriminalpolizei

Aber bleiben wir zunächst einmal bei Organisationsfragen. Natürlich gab es in dieser „Altorganisation“, in der die Polizei noch „Vollzugspolizei“ hieß und in der Fläche als Abteilung 3a Bestandteil der Kreisverwaltungen war, auch eine „überörtlich“ zuständige Kriminalpolizei. Diese war angesiedelt bei den Polizeipräsidiën, auch damals schon fünf an der Zahl im „Land der Reben und Rüben“, wie Rheinland-Pfalz in einer Mischung von Abschätzigkeit und Heimatliebe zuweilen genannt wurde. Diese Präsidiën alter Art waren örtlich zuständig für die fünf Oberzentren und hatten dort auch Aufgaben, wie Waffen-

recht, Melderecht, Versammlungsrecht, die heute eher der Kommunalverwaltung zugeordnet werden.

Neben diesen Verwaltungsaufgaben gab es eine Abteilung Schutzpolizei und eine große Abteilung Kriminalpolizei, die im gesamten Regierungsbezirk für die Bearbeitung von Kapitaldelikten und für den Staatsschutz zuständig war. Das sollte ich als junger Schutzmann auch sehr bald live erleben, denn zu Ostern 1979 wurde auf einem Campingplatz in Heimborn-Ehrlich im Westerwald die damals 12jährige Beate Lohmann entführt und Wochen später an einem Wehr des Flusses Nister in der Nähe von Wissen tot aufgefunden. Durch die eingesetzte Kommission unter Leitung von Horst Eckhardt, dem späteren Koblenzer Polizeipräsidenten, wurde ein 74jähriger Mann als Täter ermittelt und verurteilt.

Auswahlverfahren zum Dienstzweigwechsel

1979 habe ich dann auch das Auswahlverfahren für die Kriminalpolizei erfolgreich durchlaufen. Es bestand aus landeseinheitlich in Wittlich-Wengerohr durchgeführten mündlichen und schriftlichen Tests. Wegen Familiengründung und Hausbau habe ich dann die Teilnahme am Dienstzweigwechsel abgesagt und bis 1985 bei der SPI Wissen im Schichtdienst gearbeitet. Das Jahr 1985 erwies sich dann für mich als Zeitenwende des beruflichen Werdegangs. Warum: In Hamm wurde im Rahmen eines missglückten Raubdelikts der Geschäftsführer der Diskothek Broadway ermordet. Zwei Magazine einer Pistole Colt-Automatik Kal. 45 wurden auf das Opfer leergefeuert.

Der eingerichteten Kommission habe ich von Anfang an angehört und zufällig wurde wenig später aus allen Aspiranten, die das Auswahlverfahren in der Vergangenheit bestanden hatten, ein Durchlauf zusammengestellt. Kurzerhand habe ich mich beworben und den Durchlauf im K/1 des PP Koblenz im Rahmen der Kommissionsarbeit begonnen. Rechtzeitig bevor die zwei Monate im K/1 endeten, hatte ich das „Glück“ eines weiteren Tötungsdeliktes bei Wissen. Der Jagdpächter Schleiff wurde mit einem „Blattschuss“ an der Wildschweinfütterung erlegt. Das hatte für mich einen flexiblen Wechsel in den



Foto: Horst Dehmel

70 Jahre Kriminalpolizei



Foto: Archiv Bernd Becker

Abnahme des Schildes Kriminalkommissariat in Wissen, Uwe Lackmann, letzter Leiter im Hintergrund. Bernd Becker schreitet zur Tat und besiegelt das Ende des KK Wissen

Erkennungsdienst, das damalige K/9 zur Folge und eine sehr intensive Spurensuche an einem anspruchsvollen Freiluft-Tatort. Das Ergebnis: Mit Hilfe des zuständigen Försters entdeckten wir die Stelle in einer Fichtenschonung, von der aus der lebenslustige Jagdpächter erschossen wurde. Aus etwa drei Kubikmeter Oberflächenmaterial haben wir mit Pinzetten einige speziell gefärbte Nutria-Haare herausgesucht, die einem im Kleiderschrank der Ehefrau (die eine vom Gatten abweichende Meinung

zum Thema Lebenslust hatte) vorgefundenen Pelzmantel entsprachen. Sie und ihre Schwester wurden wegen der Tat verurteilt.

Nun könnte ich noch mehr über meinen denkwürdigen Durchlauf erzählen, etwa, dass ich auch den Durchlauf im K/5 („Rauschgift“) weitgehend in Wissen verbracht habe, weil wir – Sachbearbeiter war mein „Bärenführer“ Jörg Schmitt-Kilian - dort eine Telefonüberwachung

geschaltet haben. Wegen der räumlichen Nähe konnte ich morgens als Erster und abends als Letzter die Tonbänder der Marke UHER abhören. Auch der Mord eines 14jährigen an seinem 15jährigen Klassenkameraden unterhalb der Festung Ehrenbreitstein wäre eine Erzählung wert, weil sich zeigte, wozu dauerhafte Diskriminierung und Herrenmenschen-Ideologie führen konnten.

Apropos Durchlauf: Der Dienstzweigwechsel fand im Mittleren Dienst statt und bestand in einem 15monatigen Durchlauf durch die Kommissariate der Abteilung Kriminalpolizei der Präsidien und einem dreimonatigen Kriminalfachlehrgang (KFL). Auch damals gab es schon Unterschiede zwischen den Präsidien. Die Trierer Kollegen konnten sich auf eine konkrete absehbar frei werdende Stelle bewerben und kamen schon mit einer K-Amtsbezeichnung zum KFL, während wir Koblenzer unsere Versetzungswilligkeit im ganzen Regierungsbezirk bekunden mussten, was bei über 70 Kilometer zum Präsidium durchaus eine Hürde darstellte.

So kam es dann auch, dass ich nach dem Dienstzweigwechsel eine zweijährige Verwendung beim KK Westerburg fand, die ich als Bereicherung meiner dienstlichen Biografie empfinde. Das KK Westerburg war damals zuständig für die Bezirke der SPIn Westerburg und Hachenburg, während im benachbarten Kreis Altenkirchen selbst der kleine Standort Wissen über ein „eigenes“ Kriminalkommissariat verfügte.

Eben dort landete ich dann 1988 wieder und „durfte“ bei der Bearbeitung eines weiteren schweren Tötungsdeliktes in dieser Zeit im Raum Wissen mitwirken. An Heiligabend haben zwei Gärtnergesellen nach einer Weihnachtsfeier ihre Arbeitskollegin vergewaltigt und umgebracht. Die Vernehmung des einen Tatverdächtigen wird mir schon wegen der besonderen Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwalt in Erinnerung bleiben.

Zeitenwende 1991 und Neuorganisation 1993

Die Landtagswahl 1991 brachte nach 45jähriger CDU-Regierung eine sozialliberale Landesregierung hervor und alsbald

70 Jahre Kriminalpolizei

entfachte der politische Wille eine sehr gründliche Diskussion über die Neuorganisation der rheinland-pfälzischen Polizei. Die Ergebnisse kann man aus Sicht des in der Fläche sozialisierten Polizisten so zusammenfassen:

- Eigener Organisationsstrang vom Innenministerium bis zur Polizeiwache; anders ausgedrückt: Raus aus den Kreisverwaltungen (1993) und aus den Bezirksregierungen (1995).
- Auflösung der Polizeiämter und Eingliederung in die Polizeidirektionen
- Innenministerium, Polizeipräsidium, Polizeidirektion, Polizeiinspektion und ggfls. Polizeiwache, das wurde die organisatorische Linie der Polizei, mit Kriminalinspektionen auf Ebene der Direktionen.
- Umgestaltung der Polizeipräsidien zu reinen Polizeibehörden ohne kommunale Aufgaben und zu Mittelbehörden der Polizeiorganisation.
- Hoher Spezialisierungsgrad der Kriminalpolizei auch in der Fläche des Landes.

Es war eine aufregende Zeit, in der ich wohl (fast) alle Stellungnahmen der GdP-Kreisgruppe Altenkirchen geschrieben habe und später durch die GdP in die Arbeitsgruppen geschickt wurde, bei denen es um die Strafverfolgung ging.

Neben der Abstufung von SPI-Standorten zu Polizeiwachen und der geografischen Gliederung der Direktionen war die Kriminalpolizei und deren organisatorischer Aufbau ein großes Thema. 1993 wurden die Kriminalinspektionen in zwei Kriminalgruppen gegliedert, denen die Kommissariate nachgeordnet waren; diese Ebene wurde bereits 1995 bei der ersten Evaluation der Neuorganisation aufgegeben. An drei Stellen im Land wurden Außenstellen von Kriminalinspektionen eingerichtet: In Idar-Oberstein, Speyer und in Betzdorf. Die eingeschränkte Zuständigkeit dieser Dienststellen erwies sich sehr schnell als erfolgskritisch und führte am Ende im Rahmen der zweiten Evaluation im Jahre 1997 dazu, dass diese Außenstellen zu (atypischen) Kriminalinspektionen weiterentwickelt wurden. Eine Ausnahme bildete die Kriminalinspektion Speyer, die zugunsten eines starken Kriminal-

Bezirksdienstes der dortigen PI aufgelöst wurde. Die bis heute umstrittene Begründung war die räumliche Nähe zur Kriminalinspektion in Ludwigshafen. Im Umkehrschluss waren die Entfernungen der Grund für den Fortbestand der KI Idar-Oberstein und meiner Heimatdienststelle, der KI Betzdorf.

Fast 30 Jahre lang waren die Organisationsfortschreibungen, Änderungen der „Org. Pol.“ sowie Änderungen des Rundschreibens über die Bearbeitungszuständigkeit von Personalratsseite mein Metier. Da die Arbeitsgruppen oftmals durch die Mutterhäuser und das LKA dominiert wurden, habe ich es auch als meine Aufgabe empfunden, die „Fläche“ zu vertreten. „Drei der vier Millionen Rheinland-Pfälzer:innen wohnen nicht in den fünf Oberzentren“, war immer mein Credo, wenn es darum ging, die Errungenschaften der 93er Neuorganisation zu verteidigen.

Mit viel Mühe könnte man alle Fortschreibungen rekapitulieren, ich will mich hier aber auf die Knackpunkte beschränken, die immer wieder und offenbar auch aktuell wieder hinterfragt und fortgeschrieben werden:

Kriminalpolizei in den Polizeiinspektionen

Es gab 1993 sehr gute Gründe, in den Polizeiinspektionen weiterhin Kriminalbeamt:innen einzusetzen; die erforderliche Ausbildung und die Erfahrung in der Bearbeitung von mittlerer bis schwerer Kriminalität, beispielsweise auch Umfangsverfahren, war in den Reihen der Schutzpolizei schlicht nicht vorhanden. Das galt auch für die Führung der Polizeiinspektionen, die alternierende Besetzung war für die Sicherung der Bearbeitungsqualität ein absolutes Muss.

Heute stellt sich die Frage, ob es Gründe gibt, diese Sichtweisen zu ändern. Die Ausbildung hat sich gravierend verändert. Alle Studierenden durchlaufen die Kriminalpolizei und sollten ein grundlegendes Verständnis für das Strafverfahren verinnerlicht haben. Insbesondere in der Fläche gibt es viele Kolleg:innen, die bei der Bewältigung des Ersten Angriffs und in der Sachbearbeitung eine gehörige Expertise entwickelt haben.



Foto: privat

Bernd Becker

Was schließen wir daraus? In einem organischen Prozess könnten Stellen im Kriminaldienst der Plen und in der Leitung der Plen nicht mehr nach dem Kriterium der Spartenzugehörigkeit, sondern nach Erfahrung und Verwendungsbreite ausgeschrieben und besetzt werden, flankiert von zielgerichteten Fortbildungen. So kämen nach und nach neben Kriminalbeamt:innen auch Kolleg:innen der Schutzpolizei in Frage, die sich zum Beispiel als Jugendsachbearbeiter:innen oder im Rahmen befristeter Verwendungen in der Kriminalpolizei Sachkenntnis und Handlungssicherheit angeeignet haben. Für die Leitung eines Kriminal- und Bezirksdienstes kommen diejenigen in Betracht, von denen die nachgeordneten Kolleg:innen auch eine fachliche Unterstützung erwarten können. Eine erste Maßnahme könnte die Funktionsbeschreibung und damit den Ausschreibungstext betreffen. Grundsätzlich sollten „Leiter Kriminal- und Bezirksdienst“ und „Leiter Wechselschichtdienst und Verkehr“ sowie PI-Leiter ausgeschrieben werden. Größenabhängig würden alle drei Funktionen besetzt oder die PI-Leitung und Vertretung auf die beiden anderen Funktionen verteilt.

70 Jahre Kriminalpolizei

Spezialisierung: Ja, aber nach welchen Kriterien?

Welche Gliederung ist für eine Dienststelle der Kriminalpolizei sinnvoll? Zu der Ordnung nach deliktischen Kriterien auf der einen und der Forensik auf der anderen Seite kommt seit Jahren zunehmend die digitale Dimension der Kriminalität mit den digitalen Herausforderungen an die Kriminalitätsbekämpfung. Und täterorientiert soll die Arbeit natürlich auch ausgerichtet sein. Und nicht jedes Kriminalitätsphänomen ist von Dauer, so dass befristete Organisationen, wie Ermittlungs- oder Arbeitsgruppen die Lösung der Wahl wurden.

Kein Wunder also, dass diese Fragestellungen immer wieder auf die Tagesordnung rücken. Dass es dabei auch um Funktionen und Bewertungen geht, macht es nicht einfacher, solange so genannte Fachkarrieren nicht in hinreichendem Maße ermöglicht werden. Ich beneide die agierende Generation nicht um die anstehenden Entscheidungen und hinterlasse an dieser Stelle -ohne anmaßend sein zu wollen – eine allerletzte Duftmarke zu diesem Thema:

Der deliktischen Orientierung innerhalb der Kriminalinspektionen in den Polizeidirektionen ist möglicherweise damit Genüge getan, dass man nur noch trennt in Straftaten gegen den Menschen und Straftaten gegen Eigentum und Vermögen. Innerhalb beider Bereiche müssten sowohl analoge, als auch digitale Bearbeitungsweisen dargestellt werden. Ermittlung und Forensik würde schon deshalb nicht mehr so scharf getrennt sein, wie es immer dogmatisch gefordert wurde. „Tatortlastige“ Bereiche wie Brände und Umweltkriminalität könnten auch der Kriminaltechnik zugeordnet werden.

Auf Ebene der Zentralen Kriminalinspektionen könnte digitalen Phänomenen begegnet werden, bei denen der Tatort (und der Dienort) keine Rolle spielt. Staatsschutz, Wirtschaftskriminalität, Organisierte Kriminalität sowie die zertifizierte (analoge und digitale) Forensik mit Tatortgruppe bleiben Ansprüche für diese Ebene. Die Bearbeitung von Kapitaldelikten sollte als Aufgabe des Präsidiums angenommen werden. Kommissionen sollten in all ihren Funktionen vorgeplant und kurzfristig präsidialweit aufrufbar sein.

Im Übrigen bin ich seit 1992 der Auffassung, dass die Kriminalinspektion am Standort des Präsidiums der Polizeidirektion zugeordnet sein sollte, damit dort – wie in der Fläche – sozusagen die Grundlast der Kriminalitätsbekämpfung verantwortlich geleistet werden kann. Das schließt eine fachliche Linie vom Landeskriminalamt über die Kriminaldirektionen bis in die Kriminalinspektionen nicht aus.

Vom Workshop S&K des Jahres 2018 habe ich diese Erkenntnis mitgenommen:

Wir brauchen Dienststellen, die die Masse abarbeiten und solche, die mit langem Atem spezialisiert besonders komplexe oder besonders sozialschädliche Phänomene in Angriff nehmen. Ich füge hinzu: Und digitalen Phänomenen gerecht werden.

Schnittstellen zwischen Schutz- und Kriminalpolizei

Gibt es Schnittstellenverluste und muss die Schnittstelle zwischen „S“ und „K“ neu organisiert werden? Eine Fragestellung, die noch Generationen beschäftigen wird, beispielsweise, wenn es um das Rundschreiben über die Zuständigkeiten geht. Beispiel: Für mich war immer unlogisch, dass innerhalb eines K-Phänomens die Schadenshöhe für die Zuständigkeit entscheidend ist. Digitale Begehungsformen der Vermögenskriminalität verändern sich nicht mit der Schadenshöhe und sollten z.B. an den großen Standorten mit PI und KI durch ein gemeinsames Nadelöhr der Qualitätssicherung laufen.

Stichwort Fahndung: Ich hänge immer noch der alten Forderung nach einer spartenübergreifenden „EFG – Einsatz- und Fahndungsgruppe“ nach, bestehend aus Kräften S + K, anlassbezogen aus einem festen Stamm von Freiwilligen in vorgeplanter Weise zeitlich befristet verstärkbar.

Stichwort Sachgebiet Jugendkriminalität: Eine Verschränkung der Aufgaben von „S“ und „K“ gibt es auch hier. Die organisatorische Anbindung tritt in ihrer Bedeutung in den Hintergrund, wenn vor Ort auf Kommunikation statt auf Abgrenzung gesetzt wird. Büros auf einem Flur und gemeinsame Kaffeepausen wirken Wunder.

Vielleicht sollten wir aber auch künftig

nicht mehr über Schnittstellen zwischen „S“ und „K“ reden, sondern über Schnittstellen zwischen Polizei-, Kriminal- und Zentralen Kriminalinspektionen?

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, in diesen höchst subjektiven Anmerkungen finden sich möglichst Viele wieder. Noch schöner wäre, wenn ich ein allerletztes Mal kleine Denkanstöße und Fragestellungen im Text unterbringen konnte. Als junger Schutzmann habe ich voller Selbstbewusstsein (und vielleicht anmaßend) manches Mal gedacht, dass ich das was die Kriminalpolizei da macht, ebenso gut könnte. Heute gestaltet sich die Aufgabenverteilung schon ganz anders als damals. Ordnungsaufgaben sind an die Kommunen gegangen. Die Polizeiinspektionen sind die zentrale Instanz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und stellen sich umfassender der Aufgabe der Strafverfolgung. Gleichzeitig kommen auf die Kriminalpolizei, die als „Marke“ keinesfalls in Frage gestellt werden sollte, durch die Internationalisierung, Politisierung und Digitalisierung des Verbrechens ein weites Feld herausfordernder Aufgaben zu. Ich bin überzeugt, dass die Polizei Rheinland-Pfalz adäquate Antworten auf die anstehenden Fragen finden wird, vorausgesetzt, die Politik schafft die finanziellen, sachlichen und personellen Voraussetzungen.

Bernd Becker

Tarifbereich

Die rheinland-pfälzische GdP

Der erfolgreiche Weg der Tarifarbeit

In den Gründungsjahren der GdP Rheinland-Pfalz hatten wohl die meisten Mitglieder einen Beamtenstatus, weil es noch nicht selbstverständlich war, Zivilbeschäftigte bei der Polizei einzustellen. Reinigungskräfte gehörten vermutlich schon immer zum Personal, aber so nach und nach wurden weitere Zivilbeschäftigte eingestellt, zum Beispiel Kfz.-Mechaniker bei der Bereitschaftspolizei, Schreibkräfte, Wagenpfleger und Hausmeister bei den Dienststellen oder Verwaltungsangestellte bei den Polizeiamt und Polizeipräsidien. Dieser Aufwuchs des Personals führte auch zu einem Mitgliederzuwachs bei der GdP. Immer mehr Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte traten in die GdP ein oder wechselten von der damaligen ÖTV oder der DAG zur GdP.

Die Mitarbeit in der Gewerkschaftsarbeit war in den ersten Jahren im Grunde genommen auf die Personalratsarbeit beschränkt. In den Personalvertretungen gab es die Gruppen der Beamten, der Arbeiter und der Angestellten. Hier galt es zunächst, interessierte Kolleginnen und Kollegen zu finden, die sich zur Wahl stellten und in einem Gremium mitwirken wollten. So übernahm bei der Bereitschaftspolizei in Mainz bereits 1971 das Urgestein Adolf Nassau als Arbeiter den Vorsitz des Personalrats und blieb bis 1996 in dieser Funktion. Auch im Hauptpersonalrat vertrat er lange Jahre die Interessen der Arbeiter, gemeinsam mit einer Vertreterin der Angestellten. Selbst nach seiner Verrentung stand Addi weiter mit Rat und Tat für die Tarifarbeit zur Verfügung.

Ende der 80er Jahre blühte die Tarifarbeit in der GdP richtig auf. Die Erfolge bei den Personalratswahlen für die Gruppen der Arbeiter und Angestellten konnte noch nie eine andere Gewerkschaft gefährden; es wurden Traumergebnisse erzielt. Bis heute sind die Tarifbeschäftigten ein Garant für erfolgreiche Personalratswahlen bis hin zu der Gewissheit, dass durch ihre guten Ergebnisse die Vorstände der Personalräte fast ausschließlich aus GdP-Mitgliedern bestehen.

Allerdings waren anfangs etliche Hürden zu nehmen. Nach dem LPersVG mussten alle Gruppen im Vorstand vertreten sein. Doch die Beamten in den Personalräten, Beamtinnen gab es lange Zeit nicht in diesen Gremien, akzeptierten nicht so ohne Weiteres das Eindringen der Tarifbeschäftigten in die Vorstände. Sie fürchteten um ihre Vorstandssitze und somit um ihre Freistellung. Mit allen möglichen Tricks versuchten sie, den Tarifbeschäftigten die Wahrnehmung einer solchen Funktion auszureden oder madig zu machen. Angestellte durften in der Regel Protokolle führen, weil sie als Schreibkraft dazu bestens geeignet erschienen. Es war lange nicht selbstverständlich, dass Tarifbeschäftigte eine Sitzung leiteten oder Verhandlungen mit einem Polizeipräsidenten führten. Das lag auch an der Hierarchie innerhalb der Polizei. Wurden doch Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte von vielen Beamten lange nicht als Kollegen oder Kolleginnen betrachtet. Häufig hörte man von Führungskräften: „Ich warte lieber, bis der Vorsitzende wieder da ist.“ Zwischenzeit-

lich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Tarifbeschäftigte den Vorständen angehören oder den Vorsitz führen und ihre Freistellung in Anspruch nehmen. Sie werden von Führungskräften respektiert und agieren mit Selbstbewusstsein und großer Kompetenz auf allen Ebenen der Personalvertretung.

Im Laufe der Zeit etablierten sich die Tarifbeschäftigten in der GdP-Arbeit mehr und mehr. Sie bauten ein Netzwerk auf und trafen sich regelmäßig zum Austausch über die Präsidialgrenzen hinaus. Der Fachausschuss Tarif wurde gegründet. Er war und ist das Gremium, das die Probleme der Tarifbeschäftigten aufnimmt, Lösungen erarbeitet und den Landesvorstand in Fragen rund um den Tarifbereich unterstützt.

Der Einfluss innerhalb der GdP wurde immer größer. Nachdem die Bundessatzung vorsah, den stellvertretenden Vorsitz im geschäftsführenden Vorstand mit einer oder einem Tarifbeschäftigten zu besetzen, erhoben die Tarifbeschäftigten diesen Anspruch. Auch hier waren dicke Bretter zu bohren, und es bedurfte großer Anstrengungen, die Beamten von der Notwendigkeit einer solchen Funktion zu überzeugen. Beim Delegiertentag 1998 gelang der Durchbruch. Annemarie Grindel wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt; als erste Tarifbeschäftigte und erste Frau in dieser Funktion. Ihr folgten 2006 Margarethe Relet und 2018 René Klemmer, der diese Funktion derzeit ausübt und gleichzeitig als stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP fungiert.



Adolf (Addi) Nassau umrahmt von Ernst Scharbach und Thomas Will (re.)



Annemarie Grindel bei ihrer Verabschiedung 2006. Sie war die erste Frau im Amt einer stellvertretenden Vorsitzenden der GdP

Tarifbereich



Foto Seminar Tarif Kolleg:innen in Brodenbach auf der Treppe

Gestärkt durch diese Wahl fand 1998 das erste Gespräch des Fachausschuss Tarif mit dem damaligen Innenminister Zuber statt. Dies geschah allerdings unter Aufsicht, denn die GdP-Führung äußerte Bedenken, der Fachausschuss könne aufgrund seiner fehlenden Erfahrungen die Gesamtorganisation blamieren. Dem war nicht so; das Gespräch war ein voller Erfolg. Aus dem Treffen ging das erste Angestelltenprogramm hervor. Es wurden zusätzliche Stellen für Tarifpersonal ausgewiesen und das Projekt „Übertragung polizeifremder Tätigkeiten an Tarifbeschäftigte“ eingeführt. Auch dieser Erfolg wurde nicht von allen Beamten positiv gesehen. Manche Tarifbeschäftigten mussten heiße Diskussionen in ihren Gremien führen oder Anfeindungen auf den Dienststellen erleben. Bangten die Beamten doch um ihre „Nischen“, falls

sie ihre Funktionen im Schichtdienst nicht mehr ausüben konnten oder aus anderen Gründen einen Platz im Tagdienst anstreben. Letztendlich führte das Projekt dazu, den Tarifbeschäftigten neue Arbeitsfelder zu eröffnen und bessere Eingruppierungen zu ermöglichen.

Diesem Angestelltenprogramm folgten weitere Programme. Nach und nach wurden vermehrt Fachkräfte eingestellt. Zunächst waren es überwiegend Beschäftigte in der IT-Technik, insbesondere bei der damaligen ZPT. Es folgten Einstellungen in vielen anderen Bereichen wie beim LKA, der damaligen LPS und in den Präsidien. Häufig übernahmen die Tarifbeschäftigten Tätigkeiten, die zuvor von Beamten oder Beamtinnen ausgeübt wurden, aber im Laufe der Zeit gab es sehr viele neue Berufsbilder innerhalb



Malu Dreyer links neben Margarethe Relet und René Klemmer beim Landesdelegiertentag 2014

der Polizei, für die ausgebildetes Tarif-Fachpersonal benötigt wurde. In diesem Zusammenhang forderte der Fachausschuss Tarif die Wiedereinführung der polizeieigenen Ausbildung im Verwaltungsbereich; mit Erfolg. Seit etlichen Jahren werden Ausbildungsplätze in den Werkstätten, in der Verwaltung, in der Technik und in vielen anderen Sparten angeboten.

Für die ehemaligen Schreibkräfte konnten die Tarifverantwortlichen beim Ministerium eine Verbesserung erreichen; aus Schreibkräften wurden Sachbearbeiterinnen mit einer besseren Eingruppierung. Den Wagenpflegern und Hausarbeitern in den untersten Lohngruppen wurden Hausmeister-tätigkeiten übertragen, so dass auch ihnen eine bessere Bezahlung zustand. So wurden Probleme angepackt, Lösungen vorgeschlagen und in vielen Fällen Verbesserungen umgesetzt.



Gruppenarbeit im Team, Tarifrecht ist anspruchsvoll.

Tarifbereich



Foto Tarifrunde Potsdam Oliver Malchow, Maragrethe Relet, Alberdina Körner, René Klemmer und Kerstin Philipp

Aber woher bezogen die Tarifexpertinnen und -experten ihr Fachwissen? Das Tarifrecht ist sehr kompliziert und mit dem Beamtenrecht nicht vergleichbar. Bis Ende der 90er Jahre fanden Tarifseminare unter der Leitung von Beamten oder des damaligen Sekretärs Thomas Will statt. Anfang 2000 wagten die zuständigen Tarifverantwortlichen (Annemarie Grindel, Ruthild

Burkei, Dieter Kronauer und Margarethe Relet) einen Umbruch und führten selbst ihre Fachseminare und Personalratsschulungen durch und dies sehr erfolgreich. Bis heute finden regelmäßig die begehrten Seminare und Schulungen statt, auch unter Teilnahme interessierter Beamtinnen und Beamte, durchgeführt durch kompetente Tarif-Teams.



Margarethe Relet im Interview



Demo und Streik am 12.03.2015

Auf Bundesebene brachten und bringen sich die rheinland-pfälzischen Vertreterinnen und Vertreter in der Großen Tariff Kommission (jetzt Bundestariffkommission) ein und konnten mit eigenen Ideen z.B. in der Mitgliederwerbung oder mit der Erstellung von Tarifbroschüren punkten. Ein Schwerpunkt der Arbeit der BTK ist die Vorbereitung von Tarifverhandlungen. Aber dieses Gremium hat sich immer weiterentwickelt und gilt heute als bundesweite Austauschbörse für die Tarifbeschäftigten in den Ländern, der Bundespolizei und dem BKA.

Das Arbeitsspektrum im Tarifbereich war und ist enorm. Vorbereitungen und Durchführungen von Demos und Streikmaßnahmen, Veranstaltungen wie Personalversammlungen, Unterstützungsarbeit bei Eingruppierungsfragen oder bei Klagen vor dem Arbeitsgericht, Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien und der Politik gehören zum Alltagsgeschäft.

Rückblickend kann gesagt werden, dass sich die Tarifarbeit in der GdP sehr positiv entwickelt hat. Waren anfangs hohe Hürden zu nehmen und hatten die Tarifverantwortlichen teilweise das Gefühl nur als „Anhängsel“ ohne eigene Entscheidungshoheit zu gelten, so treten sie heute selbstbewusst und kompetent auf.

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit kann nur mit Menschen stattfinden, die für ihre Gewerkschaft brennen und die sich aus innerer Überzeugung für die Belange der Beschäftigten einsetzen. Teamgeist ist gefragt; Egoismus und Eigennutz haben keinen Platz in diesen Ämtern. Viele der engagierten Kolleginnen und Kollegen, die mit Enthusiasmus und Einsatz zu Verbesserungen im Tarifbereich beigetragen haben, befinden sich jetzt im wohlverdienten Ruhestand. Aber es gibt Nachfolgerinnen und Nachfolger, die ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und neue Ideen einbringen. Dies zu wissen, erfüllt mich mit Stolz und Dank. Ich wünsche den Tarifverantwortlichen der GdP Rheinland-Pfalz weiterhin ein gutes Händchen und viel Glück und Erfolg.

Margarethe Relet

Tarifbereich

Aus der DP Dezember 2015: Ein Weihnachtsmärchen

Die Erkenntnisse des Polizeidirektors Grummel

Es ist ein normaler Montagmorgen in einer rheinland-pfälzischen Großstadt. Es hat geschneit und die Landschaft wirkt wie mit Puderzucker überzogen. Die Menschen strömen nach dem Wochenende wohlgelaunt zu ihren Arbeitsstätten und fallen in den gewohnten Alltag. Nicht so Herr Grummel, Direktionsleiter einer großen Dienststelle. Er fährt wie gewohnt auf den Parkplatz und muss feststellen, dass noch kein Schnee geräumt ist. Er steigt aus, und um ein Haar wäre er zu Fall gekommen, da unter dem Schnee eine Eisschicht nicht zu erkennen war.

„Warum hat der Hausmeister keinen Schnee geräumt?“ brummt er vor sich hin. Als er zur Eingangstür schreitet, öffnet sich diese nicht wie sonst automatisch, sondern bleibt verschlossen. Die Pforte ist nicht besetzt und niemand bemerkt ihn. Er kramt seinen Schlüssel aus der Tasche und tritt leicht verärgert ins Gebäude. In seinem Büro ist es eiskalt und er stellt fest, dass die Putzfrau nicht saubergemacht hat.

„Warum ist es denn hier so kalt und warum ist der Mülleimer nicht geleert?“ ruft er laut erbost. Antwort erhält er keine, denn sein Vorzimmer ist nicht besetzt. Er greift zum Hörer und wählt die Nummer des Hausmeisters – ohne Erfolg. Nach kurzer Zeit bekommt er die Information, dass die Heizung ausgefallen ist. Da weder Hausmeister noch Haustechniker da sind, weiß keiner, wie man es warmbekommen soll.

Das Telefon im Vorzimmer klingelt ununterbrochen. Verzweifelt greift Herr Grummel zum Hörer. Es ist die Post.

„Hier steht die gesamte Post von ihrer Dienststelle, wann kommt denn endlich mal einer?“

„Naja, selbst ist der Mann“, denkt sich Herr Grummel. Im Hof muss er feststellen, dass das Auto nicht fahrbereit ist. Die Werkstatt ist nicht besetzt, und es kann ihm niemand helfen. Verärgert kommt er in sein Büro zurück. „Auf zur Einsatzbesprechung“, ruft er und läuft in den Besprechungsraum im Obergeschoss. Den Aufzug wagt er erst gar nicht zu benutzen. Nicht auszudenken, dass er steckenbleibt und niemand kann ihm helfen. Dort angekommen, stellt Polizeidirektor Grummel fest, dass ein Teil der geplanten Einsatzkräfte nicht da ist. Auch der Einsatzbefehl liegt nicht wie besprochen aus. „Wer fehlt denn?“, hakt er nach. „Die komplette Mannschaft der IT-Techniker ist nicht da“, erhält er als Antwort.

„Und was ist mit dem Einsatzbefehl?“ Die Antwort überraschte ihn schon nicht mehr. „Niemand da; das Ding ist noch nicht geschrieben, die Drucker funktionieren nicht und den Beamer bekommen wir nicht zum Laufen.“

„Das ist ja nicht zu glauben“, brüllt der Direktionsleiter erzürnt. Haben sich alle Tarifbeschäftigten gegen uns verschworen?“

„Nun, vielleicht waren Sie in letzter Zeit etwas unfreundlich und haben es an Wertschätzung fehlen lassen“, wirft ein erfahrener Beamter ein.

„Wann haben sie die Kolleginnen und Kollegen denn zum letzten Mal gelobt?“

Ist sicher schon lange her. Ich weiß, was wir an den Tarifbeschäftigten haben. Ohne sie läuft hier nämlich gar nichts. Sie sind die guten Geister der Dienststelle. Ihre Arbeit wird als selbstverständlich angesehen und dabei verdienen sie das wenigste Geld. Es musste wohl erst mal zum Chaos kommen, um dies zu erkennen.“ Nachdenklich verlässt Herr Grummel den Raum.

Die Erkenntnis

„Der Kollege hat Recht“, denkt er. „Etwas mehr Wertschätzung steigert die Motivation und macht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zufriedener. Und das Schöne ist, es kostet nichts.“

Zu diesem fiktiven Weihnachtsmärchen gibt es auf Seite 2 einen überhaupt nicht fiktiven Kommentar.

Margarete Relet

Frauen

Vor knapp 3 Jahren feierten wir „100 Jahre Frauenwahlrecht“. Letztes Jahr feierten wir „70 Jahre GdP“ und nächstes Jahr jährt sich zum 35sten Mal der Tag an dem auch Frauen bei der Schutzpolizei Rheinland-Pfalz arbeiten dürfen.

Viel ist seitdem geschehen in Bezug auf Gleichstellung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft und auch bei uns in der Polizei. Die Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz hat einen enormen Teil dazu beigetragen.

Für die Förderung von Frauen in Führung wurden Werkzeuge geschaffen wie das Mentoring Programm bei der Polizei und bei der GdP. Hier fordern wir weiterhin mehr Plätze, so dass mehr interessierte Frauen die Möglichkeit erhalten daran teilzunehmen. Das Ziel ist es, dass nicht mehr unter Zuhilfenahme von Werkzeugen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in Führungspositionen angestrebt wird – auch in Teilzeit – sondern dies automatisch erfolgt. Hier muss immer wieder die Führungsebene bewusst zur Sensibilisierung aufgefordert werden. Auch innerhalb der Gewerkschaft ist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern innerhalb von Gremien, Vorständen etc. noch zu etablieren.

Im August 2019 wurde die wegweisende Rahmendienstvereinbarung **Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege** unterzeichnet. Die beständige Arbeit der Frauengruppe der GdP an dieser Thematik und die vielen Gespräche mit Innenminister Lewentz haben dazu geführt, dass diese zustande kam. Hierin wurde festgelegt, die Vereinbarkeit von dienstlichen und privaten Interessen zu fördern. In der Vereinbarung werden Begriffe, wie z.B. alternierende Telearbeit, Führen in Teilzeit und Planbarkeit von Arbeitszeiten mit Leben gefüllt. Das zunehmend an Bedeutung gewinnende Thema „Pflege“ wird deutlich hervorgehoben.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der nahen Vergangenheit. Für die Zukunft wollen wir neben weiteren Verbesserungen im Bereich Frauen in Führung, Führen in Teilzeit, gleichberechtigte Verteilung von „Carearbeiten“, alternierende Telearbeit und Homeoffice, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, auch die Themen „sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“, Festigung



Foto: Mdl

Die Frauengruppe zu Gast bei Dr. Dieter Keip, damaliger Leiter des Personalreferats und Björn Neureuter, Referent im Personalreferat mit Sabine Zahn, Tina Manten, Verena Horn, Janina Laddach und Heike Lenz



Foto: Steffi Loth

Verena Schäfer und Susanne Pries

der Kenntnisse von arbeitsrechtlichen Vorschriften wie Mutterschutz und Elternzeit bei Führungskräften und gendergerechte Sprache bei der Polizei in den Mittelpunkt bringen.

Die Arbeit der Frauengruppe bringt Verbesserungen für alle. Die Errungenschaften wurden für die Frauen erkämpft und - selbstverständlich gleichgestellt und gleichberechtigt - auch von Männern genutzt.



Foto: Steffi Loth

Veranstaltung Rechtspopulismus 2020.

Ziel darf nicht ein Machkampf zwischen Mann und Frau sein. Vielmehr kann das Ziel nur tatsächliche Gleichstellung beinhalten. Auf Grund dessen, dass wir schon viel erreicht haben, werden wir selbstbewusst in die Zukunft schauen, unsere Ziele offensiv angehen und unsere Forderungen laut und deutlich formulieren.

Susanne Pries

JUNGE GRUPPE (GdP)

Die JUNGE GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz organisiert im Jahr 2021 etwas mehr als ein Drittel aller Polizeibeamt:innen im Land und wird nicht zuletzt daher ein immer wichtigeres Sprachrohr, insb. wenn es um den Fortschritt und die Weiterentwicklung der Polizei Rheinland-Pfalz geht. Ca. 580 Neueinstellungen pro Jahr verjüngen die Polizei Rheinland-Pfalz immens, es stecken große Chancen in diesem Generationen-umbruch, die es zu nutzen gilt.

Die GdP blickt gerne auf die jüngsten Errungenschaften der Gewerkschaftsjugend im Bereich der Digitalisierung zurück. So kann sie mit Stolz behaupten, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Beschaffung von mobilen Endgeräten geleistet hat. Smartphones im Funkstreifenwagen sind im Jahr 2021 nicht mehr wegzudenken. Auch war es die JUNGE GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz die für die Lizenzerweiterung im Bereich des virtuellen Lernens an der Hochschule der Polizei gesorgt hat. Das digitale Studium ist mittlerweile fester Bestandteil im alltäglichen Dienst der Studierenden. Aber nicht nur dort, auch in der polizeilichen Fortbildung und im Besprechungswesen hält die digitale Welt Einzug und revolutioniert hierbei auch ein Stückweit den polizeilichen Alltag.

Ziel muss sein, die älteren Generationen in der Weiterentwicklung mitzunehmen und



Foto: Hagen Immel

Auch in der Verhandlungsleitung politisch aktiv: Jennifer Otto auf dem Bundeskongress 2018

die Polizei Rheinland-Pfalz auf ein neues, digitales Level zu heben. Nur so kann polizeiliche Arbeit in Zukunft mit dem Zahn der Zeit mithalten und das Land weiterhin ein sicheres Bundesland bleiben.

Die Gewerkschaftsjugend ist selbstbewusst und mit den richtigen Werten ausgestattet. So weiß sie um die große Verantwortung der Polizei in der Gesellschaft und setzt

hierbei insb. bewusst Zeichen gegen Diskriminierung und Rassismus mit Kampagnen wie „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“. Die Zukunft wird durch die jungen Köpfe herzlich empfangen und will durch sie aktiv mitgestaltet werden. Wir dürfen gespannt sein.

Jennifer Otto



Senioren

Rund die Hälfte der Zeit, in der die GdP bundesweit, besteht hat auch die GdP Seniorengruppe Bestand. Vor 34 Jahren wurde die Struktur der GdP um die „Personengruppe“ Senioren:innen erweitert und seit dieser Zeit kümmern sich auch Senioren:innen um Senioren:innen um ihre Altersgenossinnen und Genossen.

Unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ und einem modernen Design vertreten die Senior:innen in Eigenregie die gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Themen unserer GdP-Senior:innen. Wir orientieren uns dabei maßgeblich an unserer demokratischen Grundordnung, der Satzung der GdP, unseren Zusatzbestimmungen und Richtlinie in Rheinland-Pfalz sowie neuerdings an dem von unseren Mitgliedern erarbeiteten Positionspapier Seniorenarbeit.

Der im Januar 2018 gewählte Vorstand bemüht sich über eine Neustrukturierung die Seniorenarbeit stetig zu verbessern und auszubauen.

Durch das Positionspapier Seniorenarbeit sowie der neuen Struktur der regionalen Seniorengruppen in Mainz, Koblenz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Trier wird die Interessensarbeit weiter intensiviert. Es soll uns dadurch gelingen, die Seniorenarbeit noch deutlicher sichtbar wird und durch die Zusammenarbeit mit dem DGB auf Landes- und Regionalebene umfassender und intensiver zu gestalten.

GdP Senioren:innen leben von ihren Erfahrungen, was sich auch im bundesweiten Motto niederschlägt: „Erfahrung gestaltet Zukunft“. Dabei geht es nicht darum uns, „besserwisserisch“ in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen, das Geheimnis erfolgreicher Seniorenarbeit liegt darin, dass man integrativ, kommunikativ und partnerschaftlich innerhalb der Gewerkschaft sich einbringt. Dabei ist das selbstgesteckte Ziel schwerpunktmäßig die Bindung der Mitglieder an unsere GdP.

Es gibt nämlich über den Tag der aktiven Beschäftigung im Beruf die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Teilnahme und Teilhabe der Senioren:innen am nachberuflichen Leben.

Aus der Arbeitswelt/-zeit ausgeschieden, beginnt eine aufregende „Lebenszeit“ und

da die Identifikation zum Beruf, aber auch die „lebenslange“ Beschäftigung (Lebzeitbeamte) mit dem Beruf bleibt, bleiben auch die gewerkschaftlichen Themen wichtig. Als kleines Beispiel mit großer Wirkung zeugt dabei das Thema rund um die Tarifvereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und dem öffentlichen Arbeitgeber. Die Senioren:innen wollen natürlich am Ergebnis partizipieren, dazu bedarf es aber nachhaltiger Aktivität und großen Einsatzes der Gewerkschaft; „von nichts, kommt nichts“!

Für Rheinland-Pfalz plant der derzeitige Seniorenvorstand Schritt für Schritt die Tätigkeiten auszubauen. Nicht nur die Strukturen zu verbessern, sondern sich in Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik „einzumischen, einzubringen und einzufordern“!

Darüber hinaus gilt es die Mitglieder einzubinden und zum Mitmachen aufzufordern. Wir werden Flagge zeigen (bei Demonstrationen wie Tarifverhandlungen), um unseren Beitrag zur positiven Gesamtentwicklung unserer Interessensvertretung zu leisten.

Die Seniorenmitwirkung ist dringend notwendig! (Präambel Artikel 25 der Europäischen Grundrechtecharta: „Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.“)

Denn die Senioren sind ein Teil der Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten. Für den demokratischen Zusammenhalt ist es wichtig, dass ihre Interessen von ihnen selbst und mit ihnen stärker berücksichtigt werden.

Die Senioren sind eine aktive Gruppe, die sich verstärkt ins gesellschaftliche Leben einbringen will. Der Anteil der Senioren:innen wird in Deutschland immer größer. Diese Entwicklung stellt Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen.

Die GdP hat sich deshalb im Interesse ihrer Senioren:innen dieser Aufgabe gestellt:

- wir kümmern uns um die wichtige und richtige Entwicklung des Ruhegehaltes, der Rente, der Beihilfe und Zusatz-Rente.
- wir engagieren uns für die Belange unseres besonderen Berufsstandes mit vielen kompetenten ehren- und hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen
- wir setzen uns vor Ort in den regionalen Seniorengruppen und auf Landesebene

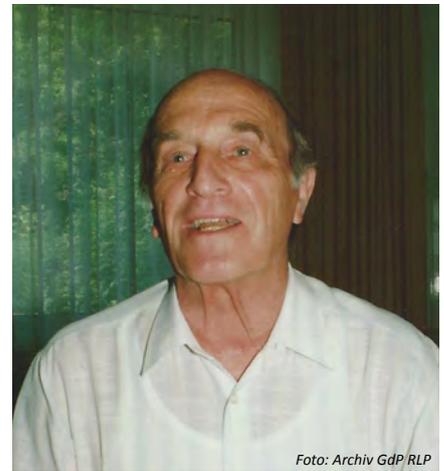


Foto: Archiv GdP RLP

Karl Wisser wurde 1989 zum ersten Vorsitzenden der Seniorengruppe gewählt, das Bild stammt aus 1993.



Foto: Archiv GdP RLP

Josef Schumacher

für unsere Mitglieder ein und helfen bei Bedarf durch Rat und Tat.

- wir kümmern uns um die persönliche Versorgung – im Ernstfall um Beihilfe, Reha-Maßnahmen usw.
- wir unterstützen im Ernstfall – beispielsweise durch Gewähr eines Sterbegeldes für Mitglied und Partner
- wir bieten Absicherung in fast allen Bereichen – durch Zugang zu unseren Partnern (Signal-Iduna/PAG, ADVO-Card; aber auch Organisations- und Service GmbH)
- wir sorgen für die Möglichkeit des Austauschs untereinander (Deutsche Polizei, Informationen, Homepage)

Wir mischen uns ein – in diesem Sinne freuen wir uns auf die nächsten Jahrzehnte seniorenpolitischer Gewerkschaftsarbeit!

Josef Schumacher

Gremien und Vorsitzende



Foto GdP RLP

Hintere Reihe v.l.n.r.: Achim recktenwald, Peter Kretz, Robert Dörflinger, Sven Hummel, Udo Fremgen, Ingo Schütte, Sabrina Kunz, Werner Hilmer, René Klemmer, Marco Christen, Udo Kaßler, Philipp Bauer, Christian Günther, Markus Scheid, Jennifer Otto, Peter Busch, Verena Schäfer. Vordere Reihe: Isabel Sorg, Steffo Loth, Heinz Werner Gabler, Bernd Becker, Roland Grenner und Monika Schewell

Ehrenvorsitzende

Hermann Lutz
Helmut Conrad (verstorben am 17.01.2021)
Ernst Scharbach

Ehrenmitglieder

Heinz Blatt (verstorben am 24.09.2019)
Siegfried Freisberg
Winfried Hartenberger
Heinz Hebel
Bernhard Hetz (verstorben am 11.08.2013)
Burkhard Kaiser (verstorben am 21.01.2007)
Hans Jürgen Ladinek
Adolf Nassau (verstorben am 28.06.2014)
Thomas Will
Alfons Mayer
Horst Vínhoven (verstorben am 31.10.2019)
Ludwig Traub
Karl Wisser (verstorben am 29.12.2002)
Josef Schumacher
Jürgen Moser
Margarethe Relet
Helmut Knerr
Paul Werner Mohr
Gerd-Uwe Jakob

Geschäftsführender Landesvorstand

Sabrina Kunz, Vorsitzende
Steffi Loth, stellv. Vorsitzende,
Verena Schäfer, stellv. Vorsitzende
Sven Hummel, stellv. Vorsitzender
René Klemmer, stellv. Vorsitzender
Ingo Schütte, stellv. Vorsitzender
Roland Grenner, Schriftführer
Sebastian Christmann, Stellv. Schriftführer
Christian Günter, Kassierer
Erik Lehnert, stellv. Kassierer

Beisitzer Landesvorstand

Sven Hummel - Beisitzer Kriminalpolizei
Marco Christen - Beisitzer Beamten- und Besoldungsrecht
Monika Schewell - Beisitzerin Verwaltungsbeamtinnen/-beamte
Isabel Sorg - Beisitzerin Tarifbeschäftigte
Robert Dörflinger - Beisitzer Technik
Corinna Koch - Beisitzerin Schutzpolizei
Uwe Kaßler - Beisitzer für Mitglieder mit einer gesundheitlichen Einschränkung, insbesondere schwerbehinderte Menschen

Landeskontrollausschuss

Peter Busch
Michael Harm
Hans-Jürgen Riemann
Hans-Peter Jung
Werner Comes
Ernst Marx
Thomas Sinner
Uli Nieß

Vorstand der Personengruppen

Josef Schumacher, Senioren
Sabine Zahn, Frauen
Jennifer Otto, JUNGE GRUPPE (GdP)

Kassenprüfer

Rüdiger Billmayer
Markus Braun

Schiedsgericht

Steffen Rittig, Vors.
Thomas Lenz, stellv. Vors.
Herbert Klein, Beisitzer
Werner Blatt, stellv. Mitglied
Tina Horn, stellv. Mitglied
Dorothee Konrad, stellv. Mitglied



Markus Stöhr

Kreisgruppenvorsitzende

Andreas Maier, PP ELT EA
Stefan Engel, PP ELT MZ
Udo Schulz, PP ELT Wittlich
Patrick Prang, PP ELT Koblenz
Patrick Kirf, PP ELT WSP
Ingo Volp, PP/PD Mainz
King Karl Bodtländer, Rhein-Nahe
Mario Bogner, PD Worms
Philipp Bauer, LKA
Udo Linden, Vorderpfalz
Jennifer Hedtke, PD Neustadt
Mirko Großhans, Südpfalz
Sascha Büch, PP/PD Koblenz
Pascal Rowald, PD Mayen
Ralf Pörtner, Westerwald-Rhein/Lahn
Yannick Seibert, Neuwied-Altenkirchen
Peter Adler, PP Westpfalz
David Giesler, PD Kaiserslautern
Steffi Grün, PD Pirmasens
Heiko Zwank, PD Trier
Barbara Huwer, PP Trier
Hermann-Josef Klein, PD Wittlich
Roland Grenner, HdP

Bezirksgruppenvorsitzende

Markus Scheid, Mainz
Sascha Büch, Koblenz
Peter Kretz, Trier
Sebastian Christmann, Westpfalz
Dirk Wecke, Rheinpfalz
Tobias Weber, PP ELT

Landesvorsitzende

Josef Harzheim
Heinz Wittkowski
Hermann Lutz
Helmut Conradt
Ernst Scharbach
Sabrina Kunz

Gewerkschaftssekretäre

Manfred Rogall
Herbert Warncke
Rolf-Peter Leonhard
Thomas Will
Markus Stöhr



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!